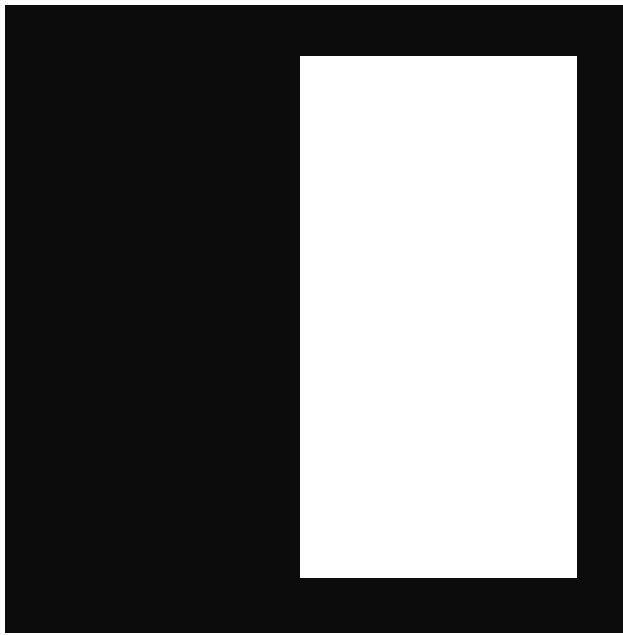


kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



INTEGRATION VON MIGRANT/INNEN
SPEKTRUM
BUCHTIPPS
VERANSTALTUNGEN

9 | November 2007

Integration von MigrantInnen

Chancen und Barrieren für MigrantInnen am Arbeitsmarkt	4
Integration von anerkannten Flüchtlingen und Qualifikation	7
Zu wenige Lehrkräfte mit Migrationshintergrund	9
Entrepreneurship von Personen mit Migrationshintergrund	14
MigrantInnen im Linzer Kulturbereich	16
Zwischen Vorurteil und Aufgeschlossenheit	20
Integrationsverbot für AsylwerberInnen!?	23

Spektrum

60 Jahre Volkshilfe	26
20 Jahre Solidarität mit arbeitslosen Menschen	27
ARGE SIE - Beratung und Wohnen für wohnungslose Frauen	28
Suizidprävention ist in allen Lebenslagen bedeutsam	31

Buchtipps	34
------------------	----

Veranstaltungen	35
------------------------	----

Liebe Leserin, lieber Leser!

Man darf gespannt sein, was – bzw. ob etwas Brauchbares – dabei herauskommt: Als Reaktion auf die breite mediale Diskussion über die zu Tage getretenen offenkundigen Mängel des Fremdenrechts wurde Mitte Oktober seitens der Regierung eine Integrationsplattform ins Leben gerufen. Diese "Plattform für Integration und Sicherheit" – so die offizielle Bezeichnung – setzt sich zusammen aus VertreterInnen der Regierung und der Sozialpartner, von Gebietskörperschaften, Glaubensgemeinschaften, NGOs, MigrantInnenvereinen sowie IntegrationsexpertInnen. Ein erster Bericht soll bis Ende Jänner vorliegen, bis zum Sommer 2008 soll dann eine Integrationsstrategie als Basis für konkrete Maßnahmen festgelegt werden (vgl. Wiener Zeitung, 15.10.2007).

Die Notwendigkeit dahingehender Schritte ist kaum zu bestreiten. Denn dass es in Österreich in puncto Integration einiges zu tun gibt, belegt auch eine kürzlich vorgestellte internationale Studie. Unter der Leitung des British Council und der Migration Integration Policy Group wurde anhand von 140 Indikatoren für die EU-Länder (ohne Rumänien und Bulgarien) sowie für die Schweiz, Norwegen und Kanada ein Integrationsindex errechnet. Für Österreich wurde dabei eine Reihe von Defiziten ausgemacht: Schwierig ist für MigrantInnen hierzulande vor allem der Zugang zum Arbeitsmarkt, sie sind gegen Diskriminierung nicht besonders gut geschützt und die Möglichkeiten, längerfristig legal im Land zu bleiben, sind begrenzt. Insbesondere durch das Fremdenrechtspaket 2006 haben sich die Voraussetzungen für eine Aufenthaltsgenehmigung weiter verschlechtert, diese zählen mittlerweile zu den strengsten in Europa. Erschwert wurde zudem der Zugang zur Staatsbürgerschaft. Beim Familiennachzug liegt Österreich an vorletzter Stelle der genannten Länder. Noch strenger sind die entsprechenden Regeln nur noch in Zypern (vgl. www.orf.at, 16.10.2007).

Eine zentrale Rolle für das Gelingen von Integration nimmt dabei die Arbeitsmarktintegration ein, zumal der Erwerbsarbeit in unserer Gesellschaft bekanntlich eine Schlüsselfunktion zukommt und Faktoren wie Existenzsicherung, soziales Ansehen und gesellschaftliche Teilhabe mit ihr in einem engen Konnex stehen (vgl. Beitrag Wallner). Eine wesentliche Voraussetzung, um am Arbeitsmarkt zu reüssieren, sind

entsprechende Qualifikationen. Diesbezüglich ist festzustellen, dass – etwa bei anerkannten Flüchtlingen – hochwertige Qualifikationen durchaus vorhanden sind, dass dieses Potenzial aber kaum ausgeschöpft wird, sondern Dequalifizierung die Regel ist. So gab es unter den Befragten einer oberösterreichischen Untersuchung zwar zahlreiche AkademikerInnen, aber niemanden, der in Österreich in einem akademischen Beruf beschäftigt war (vgl. Beitrag Scheiber). Sowohl aus humanitären wie auch aus ökonomischen Erwägungen erscheint es problematisch, diese Qualifikationen nicht zu nutzen.

Ein Grund für die festgestellten Dequalifizierungsprozesse ist sicherlich der bürokratische Hürdenlauf, der bei angestrebten Nostrifizierungen im Allgemeinen zu absolvieren ist. Nur bei zehn Prozent der in der erwähnten Untersuchung befragten anerkannten Flüchtlinge wurde die Schul- bzw. Berufsausbildung anerkannt. Hier könnten Maßnahmen wie die in Wien geplante "Kompetenzbilanz", die mitgebrachte Qualifikationen sichtbar machen soll, Verbesserungen bringen. Ein anderer Punkt ist, dass AsylwerberInnen, wie aus dem Beitrag von Klien hervorgeht, vom Staat nur minimale Unterstützung bekommen. So unterliegen AsylwerberInnen einem Arbeitsverbot, d.h. sie sind im Gegensatz zu früher, wo die Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung für die Dauer des Asylverfahrens durchaus üblich war, nunmehr bis auf wenige, zeitlich begrenzte Ausnahmen (Saisonarbeit) gesetzlich zum Nichtstun verurteilt. Auch weigern sich die zuständigen Stellen in der Regel, Deutschkurse für AsylwerberInnen zu finanzieren. In Kombination mit den langen Wartezeiten bei Asylverfahren wird dadurch der Grundstein für nachfolgende Dequalifizierungsprozesse gelegt.

Da viele AsylwerberInnen berufliche Qualifikationen mitbringen, die dazu beitragen könnten, den von der Wirtschaft regelmäßig reklamierten Facharbeitermangel zu lindern, wäre eine Öffnung des Arbeitsmarktes zumindest nach drei Monaten Aufenthalt, wie es eine EU-Richtlinie vorsieht, ein erster Schritt, um ihre prekäre Situation zu verbessern. Weitere Schritte (z.B. Anbieten von Deutschkursen) sollten folgen, meint

Ihre
Kontraste-Redaktion

Chancen und Barrieren für MigrantInnen am Arbeitsmarkt

Arbeitsmarktintegration – was ist das?

Laut WIFO hat jeder siebte Österreichbewohner Migrationshintergrund, in manchen Regionen ist dieser Anteil noch viel höher; so beträgt er in Wien z.B. nahezu ein Drittel der Bevölkerung. Dieses Faktum allein macht schon klar, dass ein gelungener Integrationsweg nicht nur für die unmittelbar Betroffenen relevant ist, sondern zunehmend für das Funktionieren und den sozialen Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft einen der großen Schlüsselfaktoren darstellt. Diese Frage angemessen zu behandeln, erfordert daher meines Erachtens mehr als nur ein punktuelles Nachdenken darüber, sondern muss in eine durchdachte und österreichweit umgesetzte Gesamtstrategie eingebettet werden.

Nun gibt es zwar in den einzelnen Bundesländern bereits reflektierte Wege zur Integration, was aber fehlt, ist ein Gesamtleitbild von Integration für Österreich; daher sei mein Bild für eine gelungene Arbeitsmarktintegration von ZuwandererInnen vorangestellt:

Integration in den Arbeitsmarkt setzt

- quantitativen Erfolg (z.B. die Angleichung von Erwerbs- und Arbeitslosenquoten von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund) ebenso voraus wie den
- qualitativen Erfolg (v.a. die Angleichung von Einkommens- und Aufstiegschancen und -erfolg sowie den Stopp von Dequalifizierungsprozessen);
- der Integrationsgrad muss für beide Gruppen (für jene mit und für jene ohne Migrationshintergrund) auf hohem Niveau gegeben sein und schließlich muss
- Integration in den Arbeitsmarkt als Prozess angelegt sein, weil auch Migration prozesshaft erfolgt und weil erreichte Integrationsgrade durch Destabilisierungsprozesse immer wieder bedroht sind.

Wenngleich hier nur auf den Aspekt der Arbeitsmarktintegration eingegangen wird, ist doch festzustellen, dass gerade dieser Punkt eine zentrale Rolle für das Gelingen von Integration insgesamt darstellt: Existenzgrundlage, soziales Ansehen und gesellschaftliche Teilhabe der einzelnen Menschen hängen ja besonders eng mit dem persönlichen Arbeitsmarkterfolg zusammen, sodass von einer funktionierenden

Integrationsstrategie meines Erachtens nur dann gesprochen werden kann, wenn ZuwandererInnen nicht nur irgendwelche Jobs erhalten, sondern generell auch entsprechenden Zugang zu Arbeitsstellen mit gutem Einkommen und beruflichen Aufstiegschancen finden können.

Rahmenbedingungen und Ansatzpunkte für Integration in den Arbeitsmarkt

Trotz aktuell guter Konjunkturlage stellt die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren eine echte Herausforderung für das Ziel einer gelingenden Arbeitsmarktintegration von ZuwandererInnen dar. So wird die Zahl der Arbeitsuchenden (inklusive SchulungsteilnehmerInnen) Ende dieses Jahres immer noch deutlich über dem (unzufriedenstellenden!) Wert des Jahres 2000 liegen und das Regierungsziel der Vollbeschäftigung bis 2010 ist kaum zu erreichen, wenn nicht massive Zusatzmaßnahmen gesetzt werden.

Gleichzeitig wird sich der Angebotsdruck auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärfen, weil bis 2011 allein auf Grund der demografischen Entwicklung und der Auswirkungen der Pensionsaltersanhebung 120.000 zusätzliche Arbeitsplätze benötigt werden. Das Ende der Übergangsfristen führt zu zusätzlichem Angebot an Arbeitskräften und das – selbst bei optimistischer Konjunkturerwartung – wahrscheinliche Wirtschaftswachstum wird nicht ausreichen, um sowohl den aktuellen als auch den zusätzlichen Bedarf an Arbeitsplätzen so ausreichend bereitzustellen, dass Vollbeschäftigung herrscht; es sei denn, es werden dafür massive Zusatzmaßnahmen gesetzt.

MigrantInnen sind diesem Wettbewerb aber verstärkt ausgesetzt, wobei jene aus den traditionellen Herkunftsländern (Ex-Jugoslawien und Türkei) aktuell offenbar besonders schlechte Karten haben. Während die Arbeitslosigkeit bei MigrantInnen (foreign born) schon generell höher liegt als bei (in Österreich geborenen) ÖsterreicherInnen, ist sie bei AusländerInnen, die in Österreich geboren sind, am allerhöchsten (= große Teile der zweiten Generation; wohl überwiegend aus den traditionellen Herkunftsländern).¹

MigrantInnen aus den traditionellen Herkunftsländern verfügen im Schnitt auch über die für den Arbeitsmarkt ungünstigste Qualifikationsstruktur,² was ihre Integration in den Arbeitsmarkt massiv behindert.

Tatsächlich weisen neben der besonders hohen Arbeitslosigkeit bei Angehörigen der zweiten Generation noch andere Indizien auch auf Verdrängungspro-

zesse innerhalb der Zuwandererpopulation hin: So kommt es offenbar zu einer Einkommensunterschichtung von ZuwandererInnen aus den neuen EU-Staaten gegenüber jenen aus den traditionellen Herkunftsländern. Männliche Arbeiter aus Tschechien, der Slowakei, Polen, Ungarn und ferner auch jene aus Deutschland haben ein geringeres Medianeinkommen als jene aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus der Türkei.³

Der massive Rückgang an Lehrstellen in den letzten beiden Jahrzehnten (rund 70.000 seit 1980) wirkt sich ebenfalls überdurchschnittlich zu Lasten von MigrantInnen aus. Für Wien wird geschätzt, dass aktuell nahezu zwei Drittel der Lehrstellensuchenden Migrationshintergrund haben.

Probleme auf Betriebsebene im Umgang mit Multikulturalität erweisen sich in der Praxis als weiterer Hemmschuh für das Gelingen von Integration.

Sprachliche Mängel können nicht nur ganz allgemein zu Vermittlungsschwierigkeiten führen, für reelle Aufstiegschancen in attraktivere Arbeitsmarktsegmente bedarf es ferner in vielen Fällen in der Regel muttersprachlicher Sprachbeherrschung (Wortschatz, Grammatik und Aussprache), um nicht an zumindest „gläserne“ Grenzen zu stoßen.

Wohin führt die aktuelle EU-Politik im Bereich der Arbeitsmigration?

Während die einzelnen EU-Staaten zum Teil sehr voneinander abweichende Modelle der Migrationspolitik verfolgen, gibt es auf Ebene der EU-Kommission Ansätze zu einer Vereinheitlichung von Maßnahmen im Zusammenhang mit Arbeitsmigration aus Drittstaaten. So sind Richtlinienentwürfe in Ausarbeitung, die Zulassungsmodelle für

- hochqualifizierte ArbeitnehmerInnen
- innerbetrieblich versetzte ArbeitnehmerInnen (konzerninterne Entsendung)
- bezahlte auszubildende ArbeitnehmerInnen und
- ein neues EU-Saisoniermodell

vorsehen. Allen Modellen ist ein hohes Missbrauchspotenzial für unfaires UnternehmerInnenentum inhärent, sodass ihre Bewertung im Hinblick auf ihre

Integrationsorientierung stark von der konkreten Ausgestaltung der Richtlinien abhängen wird. Das geplante Saisoniermodell geht – den bisherigen Informationen zufolge – von vornherein von keiner dauerhaften Integration und Familienmitnahme aus, sondern sieht nach vier bis fünf Jahren jedenfalls die Rückkehr in den Herkunftsstaat und den rotierenden Ersatz der bisherigen durch neue Saisoniers vor. Erzwingbar soll diese Rückkehr durch perfektionierte elektronische Ein- und Ausreisekontrollen werden. Dieser Politikansatz, der stark an die Philosophie der Rotationspolitik in Österreich, der Schweiz und Deutschland vor allem in den 1960er und 1970er Jahren erinnert, steht meines Erachtens einer integrationsorientierten Migrationspolitik diametral entgegen.

„Angesichts der strukturellen Entwicklung des österreichischen Arbeitsmarktes (...) wird das Schaffen eines erfolgreichen Systems der laufenden Integration von MigrantInnen in den Arbeitsmarkt meines Erachtens künftig einen Hauptfaktor für den Erfolg jeder Arbeitsmarktpolitik und für das Sichern des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft darstellen.“

Positiv zu bewerten ist dagegen der Plan der Kommission, bereits im Herbst dieses Jahres einen Richtlinienentwurf für Sanktionen gegen ArbeitgeberInnen bei illegaler Beschäftigung von MigrantInnen vorzulegen. Ebenso positiv, aber angesichts der vorgesehenen geringen Dotierung keineswegs ausreichend, ist die Schaffung eines EU-Fonds zur Förderung

von Integrationsmaßnahmen bzw. die Herausgabe eines Handbuchs für Integration.

Meines Erachtens besteht daher dringender Bedarf, dass die auf EU-Ebene geplanten (oder eben nicht geplanten) Maßnahmen in den Fokus der politischen Diskussion auch auf nationaler Ebene gerückt werden und ein gezielter Prozess zur Einleitung einer klar integrationsorientierten Migrationspolitik und Budgetgestaltung auch auf EU-Ebene erfolgt.

Politikansätze für Arbeitsmarktintegration in Österreich

Angesichts der strukturellen Entwicklung des österreichischen Arbeitsmarktes (und der Arbeitsmärkte in der EU überhaupt) wird das Schaffen eines erfolgreichen Systems der laufenden Integration von MigrantInnen in den Arbeitsmarkt meines Erachtens künftig einen Hauptfaktor für den Erfolg jeder Arbeitsmarktpolitik und für das Sichern des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft darstellen.

Die Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinn muss dabei eine entscheidende Rolle spielen, sie darf aber nicht

allein gelassen werden, sondern muss in ein Gesamtsystem eingebunden sein, das überdies die europäische Ebene mitberücksichtigt, um volle Wirkung und Finanzierbarkeit im erforderlichen Ausmaß zu sichern.

Soll allen MigrantInnengruppen in diesem Sinn eine möglichst umfassende Chance auf Integration in den Arbeitsmarkt geboten werden, so sind vor allem folgende Voraussetzungen zu schaffen:

- Schaffung eines österreichweiten Integrationsleitbildes (siehe z.B. Modell Oberösterreich) und von institutionellen Voraussetzungen zur besseren Steuerung und laufenden Anpassung von Integrationsprozessen (v.a. zur besseren Verschränkung interdisziplinärer und interregionaler Ansätze, etwa bei Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik). Denkbar wäre hier die Schaffung einer einerseits breit angelegten, aber mit handlungsfähigen Strukturen ausgestatteten Zuwanderungs- und Integrationskommission.
- Generelles Maßnahmenpaket Arbeitsmarkt (über die von der Regierung derzeit geplanten Maßnahmen hinaus), um das Ziel Vollbeschäftigung bis 2010 ernsthaft anzustreben (dies ist auch unerlässlich als Vorbereitung auf das Ende der Übergangsfristen, weil andernfalls gerade MigrantInnen aus den traditionellen Herkunftsländern dem verstärkten Wettbewerb nicht gewachsen sein werden).
- Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Lehrstellensituation (auch in qualitativer Sicht: Lehrstellen im Handel genügen nicht), was vor allem für die Zielgruppe der zweiten Generation von relevanter Bedeutung wäre.
- Maßnahmenpakete für Qualifikation (auch dies vor allem an MigrantInnen aus den traditionellen Herkunftsländern gerichtet) und gegen Dequalifizierungsprozesse; in Wien geplante Maßnahmen zur Schaffung einer „Kompetenzbilanz“, die mitgebrachte Qualifikationen sichtbar machen soll, und darauf aufbauende weiterführende Berufsorientierungs- und Ausbildungsangebote könnten hier wegweisend sein.
- Im Sinne der vorstehenden drei Punkte ist das im September 2007 von den Sozialpartnern vorgestellte Paket „Arbeitsmarkt – Zukunft 2010“ gerade auch für die Integration von maßgeblicher Bedeutung: 1,3 Mrd Euro (mit konkretem Finanzierungsplan) würden demnach bis 2010 in die Verbesserung der Lehrstellen-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation investiert werden, wobei

von den Sozialpartnern ausdrückliches Augenmerk auch auf die Zielgruppe der zweiten Generation gelegt wird.

- Zentrale Zielgruppe müssen aber auch Kinder und Jugendliche in der Grundschulausbildung sein: Sie müssen die Chance zur bilingualen Muttersprachlichkeit erhalten. Bilinguale Ausbildung in den Grundschulen ist dafür ebenso erforderlich wie ein verpflichtendes Vorschuljahr für alle (auch für jene ohne Migrationshintergrund, um sozial bedingte Startnachteile generell zu entschärfen).
- Maßnahmen gegen unfaires UnternehmerInnen-tum, das MigrantInnengruppen für Lohndumping missbraucht und – wie die konkreten Rechtsberatungserfahrungen von Arbeiterkammern und Gewerkschaften belegen – sie zum Teil geradezu systematisch um einen großen Teil ihrer arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche prellt.
- Förderung der Interkulturalität auf betrieblicher Ebene und im öffentlichen Bereich (vgl. Diversitäts-Ansätze z.B. in Linz und in Wien bzw. bei verschiedenen Unternehmen). Auch das AMS ist gefordert, sich diesem Thema umfassend zu stellen – Pilotprojekte in einzelnen regionalen Geschäftsstellen zum Erwerb interkultureller Kompetenz der AMS-Beschäftigten laufen bereits, müssten jedoch ausgewertet, weiterentwickelt und verallgemeinert werden.
- Gezieltes Lobbying für eine wirksame Integrationspolitik auf EU-Ebene. Diese muss auch in künftigen EU-Budgets und Maßnahmen dotierungen ihren Niederschlag finden. Anzustreben wären EU-geförderte Integrationsprogramme, die z.B. nach dem Muster der ESF-Maßnahmen organisiert und national kofinanziert werden könnten.

Josef Wallner

Der Autor ist Leiter der Abteilung Arbeitsmarkt der Arbeiterkammer Wien. Der Beitrag ist eine aktualisierte schriftliche Fassung des Referats „Arbeitsmarktpolitik – Chancen und Barrieren“, gehalten bei der Fachtagung „Migration und Arbeitsmarkt“ in Linz am 31.05.2007.

Anmerkungen

- 1 vgl. Biffli, G.: Makroökonomische Zusammenhänge, demografische Entwicklungen, Daten, Fakten, Prognosen, Arbeitskräftepotenzial. Referat bei der Fachtagung „Migration & Arbeitsmarkt“, Linz, 31.05.2007
- 2 vgl. ebenda
- 3 Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Integration von anerkannten Flüchtlingen und Qualifikation

Gudrun Scheiber befasst sich mit dem schwedischen Konzept der Validierung als Instrument der Arbeitsmarktintegration und – im Vergleich dazu – mit der bestehenden Dequalifizierung von anerkannten Flüchtlingen am österreichischen Arbeitsmarkt.

Im öffentlichen österreichischen Diskurs versteht sich Integration als eine von den EinwanderInnen zu leistende Handlung. Falls jemand nicht gut integriert ist, so die öffentliche Meinung, wird dies meist der Person (oder deren Nationalität) selbst zugeschrieben. Einen anderen Weg der Integration scheint dabei Schweden in der Frage der Arbeitsmarktintegration zu gehen. SchwedInnen aus verschiedenen Bereichen haben sich zusammengeschlossen, um die Probleme, die durch die Abwertung der beruflichen Kompetenzen und Fähigkeiten passiert, gemeinsam in Angriff zu nehmen. Ein spezieller Fall hier wie dort sind dabei anerkannte Flüchtlinge.

Ein Beispiel der Arbeitsmarktintegration: die Validierung in Schweden

Bereits seit den späten 1990er Jahren wird in Schweden das Konzept der Validierung vorwiegend im öffentlichen Erwachsenenbildungssektor zur Arbeitsmarktintegration und als Mittel zur Höherqualifizierung eingesetzt. Validierung ist dabei die strukturierte Beurteilung, Bewertung, Dokumentierung und Anerkennung von Wissen und Fähigkeiten, die ein Mensch erworben hat, unabhängig davon, wie diese erworben wurden. Dabei werden die Kompetenzen von EinwanderInnen wie von InländerInnen¹ validiert.

Der Hintergrund dieses eingeleiteten Validierungsprozesses ist, dass viele der Kompetenzen nicht nur durch formale Ausbildungswege, sondern auch durch Arbeitserfahrung, Personalausbildung, durch Selbststudium, aber auch durch das Engagement bei Vereinen und außerberuflichen Tätigkeiten erworben werden. In solchen Situationen erworbene Kompetenzen erfahren in Schweden wie hierzulande immer breitere Anerkennung im Arbeitsleben. Da allerdings etablierten Leistungsnachweisen wie z.B. Zeugnissen nach wie vor ein großer Wert beigemessen wird, besteht ein wichtiges Tätigkeitsfeld der Validierungskommission in der Zusammenarbeit des Ausbildungswesens mit Vertretern des Arbeitsmarktes.

Die Validierungskommission wurde von der schwedischen Regierung im Dezember 2003 als Sonderkommission, bestehend aus Repräsentanten des Arbeitsmarktes, der Migrationsbehörde, der Integrationsbehörde, der Abteilung für Schulentwicklung im Ausbildungsministerium, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie der Universitäten und Hochschulen beauftragt, in den folgenden vier Jahren eine Verbesserung der Qualität, eine stärkere Legitimierung von Qualifikationen sowie eine stärkere Gleichstellung äquivalenter Qualifikationen durch die Validierung des Wissens und der Kompetenzen von Erwachsenen zu erreichen.

Validierung von im Ausland erworbenen Qualifikationen

Die Validierungskommission wurde 2006 und 2007 unter anderem auch dazu beauftragt, die Effektivität, die Effizienz und die Qualität der Anerkennung von im Ausland erworbenen akademischen Abschlüssen zu untersuchen und zu erleichtern. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Situation in Schweden nicht ungleich derjenigen in Österreich: Es existiert eine große, schwer überschaubare Anzahl an AkteurInnen, die in die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen involviert sind.²

Es stellte sich heraus, dass ImmigrantInnen und deren BeraterInnen oft nicht wissen, an welche Stelle sie sich wenden müssen bzw. wer für was zuständig ist. Auch Universitäten und Colleges sind unsicher in ihrer Beurteilung und halten es für schwierig, die erworbenen Fähigkeiten und Abschlüsse zu erhalten und gleichzeitig die Beurteilungen mit hoher Qualität und adäquater Präzision durchzuführen. Viel Zeit wird darauf verwendet, die Dokumente zu verifizieren und herauszufinden, ob die Bildungseinrichtungen anerkannt sind bzw. waren, sowie darauf, mit dem Wechsel der Bildungssysteme in anderen Ländern up to date zu sein. Den Weg, den jene beschreiten, deren Abschluss nicht anerkannt werden kann, bezeichnet selbst die Validierungskommission als Hindernisrennen.³

Die Arbeitsgruppe, die von der Validierungskommission für die Validierung von im Ausland erworbenen Qualifikationen eingesetzt wurde, setzt sich dafür ein, dass Ausbildungen auch ohne Angaben darüber, wofür die Anerkennung gebraucht wird (in Österreich müssen diese Angaben gemacht werden), anerkannt werden. Für sie zählt der Inhalt. Um diesen Ansatz auf eine praktikable Basis zu stellen, werden Workshops mit den BenutzerInnen, wie z.B. Bildungs- und Trainings-AnbieterInnen, UnternehmerInnen und Berate-

rInnen, abgehalten. Auch soll eine gemeinsame Eingangsstelle für Anerkennungen geschaffen werden, von wo aus die Anerkennungsverfahren eingeleitet und abgewickelt werden können.⁴

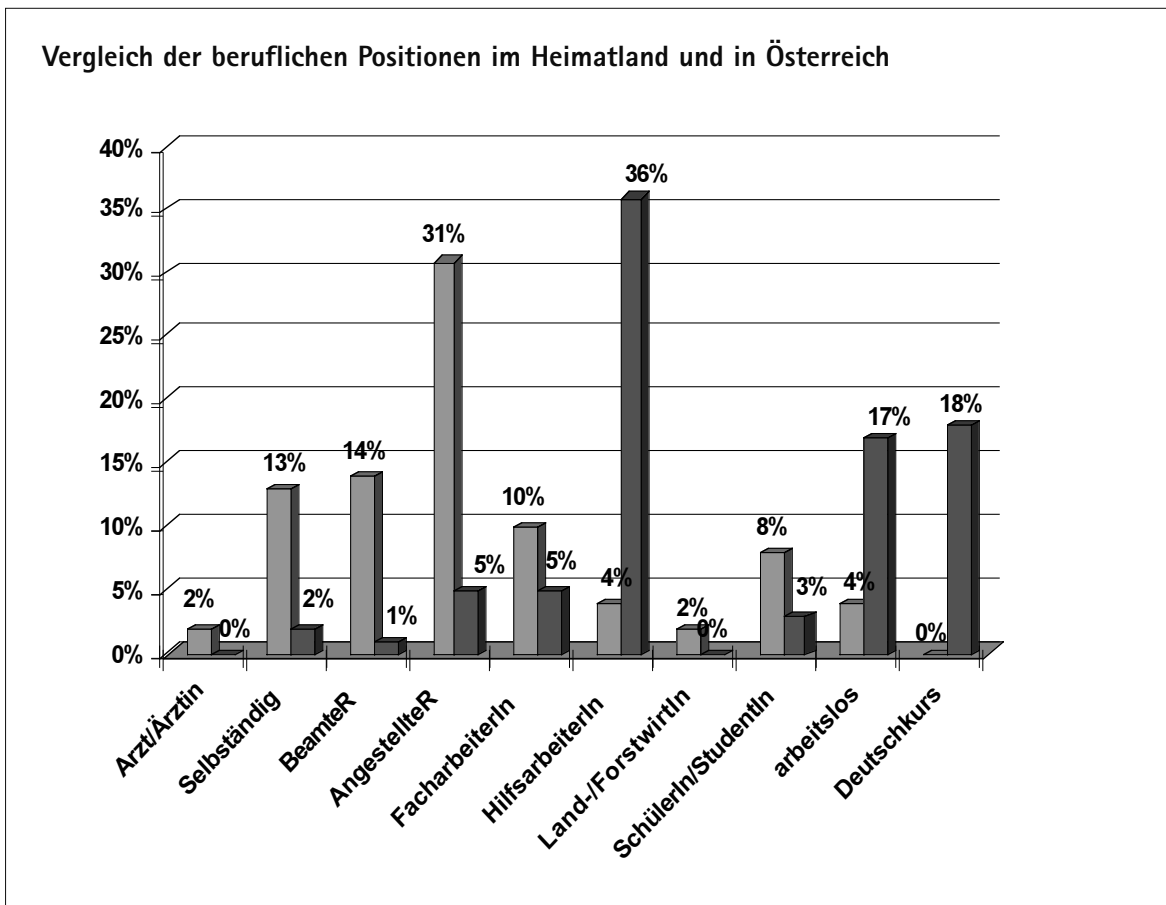
Dequalifizierung von anerkannten Flüchtlingen in Österreich

Anerkannte Flüchtlinge sind am österreichischen Arbeitsmarkt österreichischen Staatsbürgern gleichgestellt. Sie sind von den Bestimmungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes (AuslBG) ausgenommen und brauchen, nachdem ihr Asylverfahren positiv abgeschlossen ist, Hürden wie z.B. Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung nicht bewältigen.

Von 1981 bis 2006 wurden 66.408 Asylanträge in Österreich positiv entschieden. Von Oktober bis Dezember 2004 wurde in Linz und Teilen von Oberösterreich eine Untersuchung⁵ über die Dequalifikation⁶ von anerkannten Flüchtlingen durchgeführt, in der 1017 anerkannte Flüchtlinge befragt wurden.

Unter den befragten anerkannten Flüchtlingen fanden sich im Heimatland ausgeübte Berufe wie: ÄrztIn, GrafikerIn und JournalistIn, ComputerprogrammiererIn, GeschäftsführerIn von Spedition, Hotels und anderer Unternehmen, JuristIn, Ober- und UnterstufenlehrerIn, u.a. Dennoch gab es niemanden, der oder die in einem akademischen Beruf in Österreich beschäftigt war. Die höchsten beruflichen Positionen, die aus der Befragung hervorgingen, waren die der FacharbeiterInnen (5%) und der Angestellten (5%). Der weitaus größere Teil (36%) war in der beruflichen Position eines/einer HilfsarbeiterIn oder arbeitslos.

Insgesamt wurde die Schul- bzw. Berufsausbildung nur bei zehn Prozent der befragten Personen anerkannt. Ein großes Problem bei der Anerkennung der Qualifikationen waren auch hier Schwierigkeiten bei der Orientierung dabei, bei welcher Stelle anzusuchen ist oder was getan werden muss. Außerdem war es für manche Personen unmöglich, die für die Anerkennung notwendigen Dokumente zu besorgen, weil ihre Ausbildungen teilweise zu lange zurücklagen



Helle Säulen: Heimatland; dunkle Säulen: Österreich. Quelle: Befragung, eigene Berechnungen

oder/und die dafür zuständigen Stellen nicht mehr existierten. Dies galt vor allem für Dokumente wie Lehr- oder Stundenpläne und Arbeitsbescheinigungen, ohne die eine Anerkennung in Österreich nicht möglich ist.

Eine Validierungskommission, wie sie in Schweden existiert, wäre zwar nicht der Weisheit letzter Schluss, denn daneben bestehen noch andere Probleme der Integration, wie etwa die Akzeptanz der ArbeitgeberInnen gegenüber ausländischen ArbeitnehmerInnen, Diskriminierung und viele weitere mehr. Aber sie wäre eines von vielen Puzzleteilen, die das Bild zu einem gemeinschaftlichen demokratischen Miteinander ergeben könnten. Integration kann eben kein einseitiger Prozess sein, sondern es bedarf eines Zugehens aufeinander. So müssen eben auch adäquate Unterstützungsformen gefunden werden, um Chancen für beide Seiten zu eröffnen, anstatt sie zu verschließen, und um die vorhandenen Kompetenzen zu nutzen.

Gudrun Scheiber

Zu wenige Lehrkräfte mit Migrationshintergrund

Ingrid Feindert lotet die Möglichkeiten aus, Personen aus Zuwandererfamilien für die pädagogische Laufbahn zu gewinnen und zu qualifizieren.

Lehrkräfte aus Zuwandererfamilien sind noch immer eine Ausnahme an Österreichs Schulen. Als Rollenmodelle, Übersetzer und Vertraute würden sie dringend gebraucht. Üblicherweise kennt man Lehrkräfte aus Minderheiten als Religionslehrer/in, seltener als Muttersprachenlehrer/in. Auf Nachfrage, welche Berufe die Eltern der Schüler/innen mit Migrationshintergrund in ihrem Herkunftsland erlernt und ausgeübt hatten, erfährt man von zum Teil hoch qualifizierten Personen: Ärzte, Ingenieure, Techniker u.ä. Könnten und wollten sie beim Spracherwerb für Kinder ihrer Ethnie helfen, ist ihnen dies wegen der gesetzlichen Bestimmungen, was die Arbeitserlaubnis für Asylwerber betrifft, nicht erlaubt.

Als mögliche Lösung ist anzudenken: Asylwerber/innen, Migrant/innen, die entsprechend qualifiziert,

Anmerkungen

- 1 vgl. Valideringsdelegationen 2006:4
- 2 vgl. Valideringsdelegationen 2006:26-27
- 3 vgl. Valideringsdelegationen 2006:28
- 4 vgl. Valideringsdelegationen 2006:28-29
- 5 Scheiber, Gudrun 2007
- 6 Dequalifikation bzw. Dequalifizierung meint dabei eine Berufstätigkeit, die geringere formale Bildungsschlüsse erfordert, als erworben wurden (vgl. Gächter 2004:4).
- 7 Anzahl der Responses, die in die Auswertung eingingen

Quellen

- Gächter, August (2004): Bildung und Beruf in der Obersteiermark; Zentrum für soziale Innovation, Wien
- Scheiber, Gudrun (2007): Flucht, Asyl und Dequalifizierung. Mit besonderem Augenmerk auf die Situation von anerkannten Flüchtlingen am oberösterreichischen Arbeitsmarkt; Diplomarbeit; Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Soziologie
- Valideringsdelegationen (2006): Delrapport från Valideringsdelegationen (2006-12-15); Interim Report of the Swedish National Commission on Validation; abrufbar unter: http://www.valideringsdelegationen.se/publicerat/fran_kansliet.htm

motiviert und für das jeweilige Schulsystem ausgebildet sind oder noch werden, sollen die Möglichkeit bekommen, als vollwertige, anerkannte Lehrkräfte für Schüler/innen ihrer Ethnie eingesetzt zu werden.

Die Realisierung dieser These führt zu folgenden Fragen: Gibt es überhaupt einen passenden Personenkreis dafür? Ist es möglich, Angehörige der zweiten bzw. dritten Generation für eine pädagogische Berufslaufbahn zu gewinnen und zu qualifizieren?

Rekrutierung von Lehrkräften aus Minderheiten

In den EU-Staaten muss das Grundrecht auf Unterricht für alle Kinder und Jugendliche durch Lehrkräfte aus ihrer Ethnie, die ihre Muttersprache beherrschen, eingefordert werden.

Viele Bildungspolitiker, Schulen, Vereine usw. verlangen vehement nach Lehrkräften mit Migrationshintergrund, weil sich dadurch für die in Frage kommenden Schüler/innen gleicher Herkunft das Lernklima bessert, was wiederum zu einer Leistungssteigerung führen kann.

In pädagogischen Berufen - vor allem für jüngere Schüler/innen - ist der Frauenanteil sehr hoch. Somit

ergibt sich speziell für Migrantinnen, die z.B. im Zuge der Arbeitsmigration kommen, eine Chance für eine höhere berufliche Qualifizierung. Das Ziel muss sein: Migrantinnen nicht nur wie bisher im Reinigungswesen, im Pflegebereich, im Gesundheitswesen sowie im Tourismus und in der Gastronomie, d.h. insgesamt eher in schlechter bezahlten Berufen, zu finden.

Faktum ist, dass an Schulen unterdurchschnittlich wenige Lehrer/innen mit Migrationshintergrund unterrichten. *„Diejenigen, die bereits an einer Schule sind, fallen zum Großteil in die Kategorie der ausländischen Lehrkräfte. Diese Lehrer mit einem Examen aus ihrem Heimatland sind den deutschen Lehrern nicht gleichgestellt. In den meisten Fällen dürfen sie lediglich ihre Herkunftssprachen unterrichten, oft sind sie in den Lehreralltag nur bedingt integriert.“* (Ergin und Behrendt 2006)

Mehr reguläre Lehrer/innen aus Zuwandererfamilien einzustellen, gehört zu den zentralen Forderungen vieler Bildungspolitiker. Diese Lehrer/innen könnten eine Vorbildfunktion einnehmen, sie wären häufig eher in der Lage, die Wünsche, Sorgen und Ängste von ausländischen Familien nachzuvollziehen.

Chancen von Angehörigen der zweiten bzw. dritten Generation für beruflichen Aufstieg in Österreich?

Faktum ist – und dies gilt für alle Kinder –, dass zwischen sozialem Hintergrund der Eltern und ihrer Ausbildung ein deutlicher Zusammenhang besteht. Für Kinder aus höheren Bildungsschichten führt der Bildungsweg zu 90 Prozent zur Matura, während sich die Hälfte der Arbeiterkinder in Lehrberufen findet (vgl. www.statistik.at). Die Bildungschancen für Kinder aus Migrantenfamilien werden zusätzlich durch die geographische Herkunft ihrer Eltern verschlechtert, sie sind in höheren Schulen deutlich unterrepräsentiert. Schon in der Sekundarstufe I besuchen Migrantenkinder zu vier Fünftel die Hauptschule, sie sind dreimal so häufig in der Sonderschule und in weiterführenden Ausbildungen nach der Pflichtschulzeit (inklusive Lehrausbildung) sind sie nur mehr zu 72 Prozent im Vergleich zu 95 Prozent der Schüler/innen aus der Mehrheitsgesellschaft zu finden.

Die Zahlen sind ernüchternd, doch es gibt auch große Potenziale bei Migrant/innen, z.B. in Wien. Wie eine Studie der Magistratsabteilung 27 (EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung) von 2006 belegt, könnten sowohl die Wiener Wirtschaft durch die Vielfalt der Migrant/innen, die auch noch andere Sprachkennt-

nisse haben, als auch diese als Fachleute ihres jeweiligen Herkunftslandes profitieren. Ein Viertel der 200.000 Personen im erwerbstätigen Alter, die einen Migrationshintergrund aus Ost- und Südosteuropa haben, verfügen über Qualifikationen, die für international agierende Unternehmen gut brauchbar wären (Wiener Zeitung, 26.7.2006).

Es ist durchaus möglich, dass aus diesem Personenkreis auch für pädagogische Berufe Interessenten vorhanden wären. Gerade in den letzten Jahren kamen als Asylwerber höher qualifizierte Personen, wie Ärzte, Techniker, Lehrer u.ä., die entweder gar nicht oder nur in Berufen weit unter ihrer tatsächlichen Qualifizierung arbeiten können.

Schuld daran sind unter anderem zwei Fakten:

1. Die äußerst schwierige Nostrifikation ausländischer Diplome stellt eine Hemmschwelle dar, Zeugnisse beglaubigen zu lassen. Außerdem muss der Arbeitsuchende zuerst einen Arbeitgeber vorsehen, der ihn gemäß seiner Ausbildung anstellen will, damit die Nostrifikation in die Wege geleitet werden kann (Gächter 2006, S.49).
2. Die Quote, die das österreichische Innenministerium für ausländische Schlüsselkräfte vergibt, ist starr und nicht sehr hoch, sie lag beispielsweise für das Jahr 2006 bei 490 Personen (Wiener Zeitung, 26.7.2006).

Wie kann man der zweiten bzw. dritten Generation helfen, wenn schon die Elterngeneration in schlecht bezahlten Berufen kaum Aufstiegschancen hatte?

Damit die (arbeitslosen) Jugendlichen nicht Sozialhilfeempfänger von morgen werden, müssen präventive statt kurative Maßnahmen gesetzt werden. Dazu gehören mehr individuelle Förderungen (vorzugsweise durch Lehrer aus Minderheiten), spezielle Coaches in der Schule und das Nachholen des Hauptschulabschlusses als Ausgangsbasis für Lehrberufe oder andere Berufsausbildungen sowie höhere Bildungslaufbahnen.

Das Drop-out-Risiko ist bei Migrant/innen viermal so hoch wie bei Mehrheitsangehörigen, das Risiko von Jugendlichen der zweiten und dritten Generation doppelt so hoch. Dass AMS-Programme in diesem Segment wirksam sind, beweist die erfreuliche Zahl von 70 Prozent nachgeholtten Pflichtschulabschlüssen, die in einen dauerhaften Arbeitsplatz mündeten.

Für alle angeführten Verbesserungsmaßnahmen sind mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund wünschenswert und notwendig (vgl. Zeiner 2006, S.26).

Über- bzw. Dequalifizierung von Migrant/innen

Dequalifizierung bedeutet für die Betroffenen einen zu hohen Bildungsgrad für die aktuelle Tätigkeit. Leider nimmt man die Qualifizierung sehr oft nicht zur Kenntnis und ein beruflicher Aufstieg findet kaum mehr statt. Als Ursache hierfür nennt Birgit Rommelspacher (2002, S.17) die herrschende Konkurrenzsituation: *„Wenn die Fremden ... ihren Anteil an den gesellschaftlichen Ressourcen einfordern, wie wir das derzeit zum Teil bei der zweiten und dritten Generation der sogenannten GastarbeiterInnen erleben, dann müssen die Etablierten in Konkurrenz mit denen treten, die sie vorher als nicht ebenbürtig betrachtet haben.“*

Situation in Österreich auf Basis der Volkszählung von 2001

Von rund acht Millionen Einwohnern hatten 2001 ca. 711.000, also 8,9 Prozent, keine österreichische Staatsbürgerschaft (vgl. Bichl und Sari 2006, S.10). Die „eingebürgerten“ Migrant/innen mit Staatsbürgerschaft kommen als bevorzugte Personengruppe für Lehrkräfte mit Migrationshintergrund dazu, da man von ihnen bessere Deutschkenntnisse erwartet.

Zunächst kamen männliche Arbeitsmigranten, seit den 1990er Jahren kam es durch Nachzug zu einer „Feminisierung“ der Migration. 2001 betrug der Frauenanteil bei Migrant/innen 47,3 Prozent. Von diesen stammen fast 90 Prozent aus Europa, vorwiegend Ex-Jugoslawien und der Türkei (Quelle: Statistik Austria, VZ 2001). Sie stellen eine quantitativ beachtliche Gruppe dar, sie lassen sich auch häufiger einbürgern und sind seltener gewillt rückzuwandern. Erfreulich ist auch ihre niedrigere Arbeitslosenquote mit 7,6 Prozent (Männer: 9,1 Prozent), was unter anderem mit der deutlich gestiegenen Bildung zu erklären ist.

Zum Beispiel haben 5,2 Prozent der über 15jährigen Frauen (nichtösterreichisch, Nicht-EU-Staatsbürgerin) eine abgeschlossene Universitätsausbildung. Dies ist ein höherer Wert als bei Österreicherinnen (4,2%), die Betroffenen stellen somit ein Potential für Lehramtsanwärter/innen dar. Andererseits haben noch immer – trotz deutlicher Verringerung in den letzten Jahren – zwei Drittel der Ausländerinnen aus Nicht-EU-Staaten bloß eine Pflichtschulausbildung. Über die möglichen Ursachen der Dequalifizierung meint August Gächter (2006, S. 48), dass in der Regel der rasche Eintritt in die Beschäftigung aus materiellen Gründen notwendig sei und daher kein beruflicher Aufstieg mehr stattfindet, vielleicht erst bei den Kindern oder Enkeln.

Überqualifizierte Migrant/innen in pädagogischen Berufen als Lösung

Es wurde erhoben, dass ein Anteil von 20 Prozent Schüler/innen mit Migrationshintergrund Leistungen der betreffenden Klasse im Pisa-Vergleich merklich sinken lässt. Verständnissvolle Minderheitenlehrkräfte könnten hier helfen, denn auch die Verbesserung der pädagogischen Kompetenzen ist notwendig, damit ein strukturelles Defizit nicht zu einem Defizit einer benachteiligten Gruppe wird (vgl. Baumert u.a. 2003). Diese Gruppe braucht Lehrkräfte mit einem lebensgeschichtlichen Hintergrund der Aus- bzw. Einwanderung sofort und nicht erst, wenn Migrant/innenkinder den bildungsmäßigen Aufstieg zum Lehramt vielleicht schaffen.

Ein allen gerecht werdender Unterricht mit interkultureller Dimension *„muss auf die Lebenswelt des jeweiligen Kindes bezogen sein, und dafür muss die Lehrperson die (familiäre, herkunfts- und milieuspezifische) Realität kennen, in der das Kind aufgewachsen ist und während seiner Schulzeit lebt.“* (Lanfranchi 2002, S. 208)

Überqualifizierte Migrant/innen, vielleicht sogar Pädagog/innen, haben eine gute Berufsausbildung hinter sich und müssten nur die Sprachbarriere schaffen, wie auch Ärzt/innen mit Migrationshintergrund. Doch nicht alle Sachverständigen denken in diesem Punkt ähnlich. So plädiert Dagmar Beer-Kern für eine Verbesserung der beruflichen Qualifizierung, *„denn auch Migranten, die die deutsche Sprache gut beherrschen ..., haben Probleme auf dem Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt.“* (Beer-Kern 2001, S. 5)

Modelle zur Bekämpfung von Diskriminierung sowie zur Qualifizierung für pädagogische Berufe

Mein Vorschlag für ein mögliches Rekrutierungsmodell wäre: Bei der Einwanderungs- und Asylpolitik könnte man eine Auswahl zugunsten der Bewerber treffen, die über eine pädagogische Ausbildung in ihrem Herkunftsland verfügen oder eine entsprechende Qualifikation haben, die eine Ausbildung in Österreich sinnvoll erscheinen lässt.

Es gibt bereits eine Innovation auf Entwicklungspartnerschaftsebene: Das InterCulturExpress-Projekt „Qualifikation stärkt“, in dessen Modul 1 die Zielgruppe des Lehrganges „Leuchtturm“ Personen mit Migrationshintergrund sind, die entweder im Herkunftsland eine einschlägige pädagogische oder psychosoziale Ausbildung bekamen und ihren mitgebrachten Bildungsabschluss adäquat verwerten wol-

len oder die in Österreich ähnliche Tätigkeiten ausüben, allerdings ohne formale Qualifikation. Sie sollen zu Trainer/innen in Bildungsinstitutionen befähigt werden und dort als Multiplikator/innen fungieren. Mehrsprachigkeit und Migrationshintergrund soll als Potential rasch genützt werden, um durch längere Wartezeit ausgelöste Dequalifizierungsprozesse zu stoppen.¹

Die EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL richtet sich unter anderem an die Zielgruppe der Asylwerber/innen und Flüchtlinge (vgl. Beer-Kern 2007, S. 8) mit einer aktiven Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik.

Regierungsprogramm Österreichs zum Bereich „Bildung“

Wesentliches für die Verbesserung der Chancengleichheit von Minderheitsangehörigen wird im aktuellen österreichischen Regierungsprogramm festgehalten.² In der Präambel des Programms steht: „Besonderes Augenmerk ist im Bereich der Erwachsenenbildung auf Personen mit einem niedrigen Qualifikationsniveau zu legen.“ Dazu gehören auch Migrant/innen, Mütter, die einen (Wieder)einstieg in das Berufsleben anstreben, sowie Jugendliche, die auf Grund mangelnder Ausbildung schwer eine Arbeit finden. Angestrebt wird, „Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache bestmöglich in das Schulsystem (zu) integrieren.“ Alle wirksamen, auch kostenintensiven Maßnahmen sind hier verankert und warten auf die Umsetzung durch:

„Intensivierung der Fördermaßnahmen, damit alle Kinder die Unterrichtssprache beherrschen.“

Bildungsgarantie bis zum 18. Lebensjahr: ZIEL: Senkung des Anteils der Jugendlichen ohne Berufsausbildung oder Schulabschluss und Sicherung der Jugendbeschäftigung durch die Möglichkeit zum Besuch einer weiterführenden Schule, eines Ausbildungsprogramms oder den Erhalt eines Lehrplatzes

UMSETZUNG: Ausweitung der integrativen Berufsausbildung/ Schaffung eines Coaching-Modells für Jugendliche mit Schwierigkeiten beim Berufseinstieg.“

Speziell hier ist der Einsatz von Lehrkräften mit Migrationshintergrund äußerst sinnvoll, da nur sie aus ihrer eigenen Biographie wissen, wie den Betroffenen bestmöglich und effizient geholfen werden kann.

„Individuelle Förderung: UMSETZUNG: Intensivierung der frühen Sprachförderung und der Sprachförderkurse in der Volksschule / Sprachförderkurse auch an Hauptschulen

Ausweitung bei der Schülerbeihilfe

Schule der 10- bis 15jährigen im Bereich der Schulpflicht: ZIEL: Weitere Verbesserung der Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern und differenziertes Eingehen auf die Fähigkeiten und Bedürfnisse des einzelnen Kindes.“

Wir verfügen derzeit über ein ungenütztes Potential an begabten, leistungsfähigen Schüler/innen, denen eine chancenreichere Schullaufbahn (z.B. mit Maturaabschluss) verwehrt wird, weil sie Kinder von Asylwerbern sind oder Migrationshintergrund haben oder finanzielle Defizite eine längere Berufsausbildung unmöglich machen. Manchmal fehlt auch nur die Information über Bildungs- und Berufschancen.

In Zusammenhang mit der europäischen Integration wird angeführt:

„ZIEL: beste Entfaltungschancen für Österreichs Jugendliche im vereinten Europa

UMSETZUNG: Ausbau des bilingualen Unterrichts / Verstärkter Schüleraustausch in der Berufsbildung / Schwerpunkt auf der Sprache der Nachbarländer / Der Einsatz von „Native Speakers“ soll erleichtert werden.“

Hier sind die Lehrkräfte mit Migrationshintergrund, die aus den Nachbarländern zu uns kommen, unersetzbar.

„Internationale Bildungscluster - ZIEL: Weitere Stärkung der internationalen Bildungs Kooperationen

UMSETZUNG: Ausbau der regionalen Kooperationen insbesondere mit den Ländern Südosteuropas.“

In Kenntnis dieser Ziele und des Arbeitsübereinkommens bleibt nur zu hoffen, dass in den kommenden Jahren auch die finanziellen Mittel bereit gestellt werden, die für diese Maßnahmen notwendig sein werden.

Resümee

Zusammenfassend kann festgehalten werden:

- Dass Lehrkräfte mit Migrationshintergrund dringend gebraucht werden, ist für eine immer größer werdende Personengruppe eindeutig zu bejahen. Intensives „Lobbying“ für dieses Anliegen ist daher dringend erforderlich. Das Prinzip der kulturellen Heterogenität muss sich durch alle Bildungseinrichtungen und gesellschaftlichen Normen wie ein roter Faden durchziehen.
- Erst wenn die Bildungslaufbahn ethnischer Minderheiten bestmöglich gefördert wird, besteht die Chance, auch Lehrkräfte aus und für Minderhei-

ten auszubilden. Solange der Arbeitsmarkt auf ethnischer Segmentierung basiert, nützen Anstrengungen im Bildungssektor wenig.

- Vielleicht ergibt sich gerade aus dem Umstand der Mehrsprachigkeit von Minderheitenlehrer/innen ein leichter Zugang zur Anstellung in pädagogischen Berufen. Derzeit gibt es in Österreich eher einen Lehrerüberschuss als einen Mangel. Beispielsweise ist im Pflichtschulbereich mit mehrjährigen Wartezeiten zu rechnen.
- Eine Gefahr besteht auch in der vergleichsweise geringeren Bezahlung von Lehrkräften und dem fehlenden positiven Image des Lehrerberufs. Wenn sich Minderheitenangehörige mit all ihnen zur Verfügung stehenden Kräften auf eine qualifizierte Ausbildung mit einem akademischen Abschluss einlassen, so sind Berufe wie Techniker, Manager, Arzt o.a. mehr nachgefragt als der Lehrerberuf, der häufig mit „burn-out-Syndrom“ und schwierigen Schüler/innen assoziiert wird.
- Damit vor Ort die Integration der Minderheitenlehrkräfte gelingen kann, sollte an jedem Schulstandort eine „Vertrauenslehrkraft“ - vorzugsweise mit interkultureller Ausbildung - gefunden werden, die mit vollem Einsatz die Verbindung zwischen betroffenen Schüler/innen, deren Eltern, Lehrkräften und der Schulleitung herstellt und optimiert.
- Nicht nur die Ausbildung bzw. Umschulung für pädagogische Berufe muss forciert werden, auch der faire Zugang zur Anstellung ist unabdingbar.

Letzteres könnte erreicht werden, „*indem bei Stellenbesetzungen entgegen der gängigen Diskriminierungspraxis bewusst Angehörige ethnischer Minderheiten als Professionelle und ExpertInnen berücksichtigt werden.*“ (Rommelpacher 1995, S.143)

Meines Erachtens gibt es somit sehr wohl eine Lösung des Rekrutierungsproblems bei qualifizierten Migrant/innen, da diese Personen vor Ort schon existieren und auf eine berufliche Chance hoffen. Falls deren Umschulung und Einsatz als Minderheitenlehrkräfte nicht gelingt, müssen wir wahrscheinlich noch Generationen warten, bis ausreichend Migrant/innenkinder eine Berufsausbildung zur Lehrkraft schaffen; Lehrer/innen, die aber schon jetzt dringend gebraucht werden.

Ingrid Feindert

Anmerkungen

- 1 Beschreibung des Projekts unter: <http://www.interculturexpress.at/>
- 2 Für Integrationsanstrengungen von Migrant/innen bzw. Schüler/innen mit Migrationshintergrund zutreffende Textstellen sind kursiv gedruckt. Es handelt sich dabei um Originaltextstellen in der Homepage des Bundesministeriums für Wissenschaft und Kunst, Wien. http://archiv.bmbwk.gv.at/medienpool/14193/regierungsprogramm_bildung_w.pdf

Literatur

- Baumert J. u.a. 2003, PISA 2000 - Ein differenzierter Blick auf die Länder der Bundesrepublik Deutschland. Zusammenfassung zentraler Befunde. Hg. v. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Berlin
- Beer-Kern D. 2001, Politisches Kurzstatement aus ausländerpolitischer Sicht. in: Workshop am 24./25.September 2001 in Bonn. http://www.good-practice.de/3_Beer-Kern.pdf
- Beer-Kern D. 2007, Die Bildungs- und Ausbildungssituation junger MigrantInnen in Deutschland. <http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/integration/downloads/Leitbild/AK1/ausbildung.pdf> Stand: 22.2.2007
- Bichl N., Sari S. 2006, Förderung der beruflichen Chancen von Migrant/innen. Kontraste 7/2006
- Ergin Y., Behrendt M. 2006, Exoten im Klassenzimmer. Ausländische Lehrer. <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,416255,00.html> Stand: 21.2.2007
- Gächter A. 2006, MigrantInnen für ihre Jobs oft überqualifiziert. In Bierling-Wagner, E. u.a. (Hg.), Armut ist vermeidbar. Horn http://archiv.bmbwk.gv.at/medienpool/14193/regierungsprogramm_bildung_w.pdf
- Lanfranchi A. 2002, Interkulturelle Kompetenz als Element pädagogischer Professionalität - Schlussfolgerungen für die Lehrerbildung. In: Auernheimer G., Interkulturelle Kompetenz und pädagogische Professionalität. Opladen
- Rommelpacher B. 1995, Dominanzkultur. Texte zur Fremdheit und Macht. Berlin
- Rommelpacher B. 2002, Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft. Frankfurt/New York
- Wiener Zeitung, 26.7.2006 www.statistik.at
- Zeiner Ch. 2006, Mehr junge Drop-Outs - mehr ältere Arbeitslose. Wiener Zeitung, 31.10.06

Die Autorin ist seit 1979 als Diplompädagogin an verschiedenen Hauptschulen im städtischen und ländlichen Bereich tätig und Absolventin des postgradualen Lehrgangs „European Master in Intercultural Education“ der Freien Universität Berlin.

Entrepreneurship von Personen mit Migrationshintergrund

Welche Erfahrungen machten MigrantInnenunternehmen bei ihrer Unternehmensgründung und auf welche öffentlichen Unterstützungsleistungen griffen sie zurück? Welche Handlungsoptionen gäbe es für die öffentliche Hand, um besser auf die spezifischen Bedarfslagen dieser GründerInnen einzugehen? Eine im Auftrag des AMS Österreich erstellte Studie liefert dazu wichtige Einblicke.

Basis der hier präsentierten Ergebnisse bildete eine *qualitative Unternehmensbefragung in 30 MigrantInnenbetrieben*. Aufgrund dieses vergleichsweise kleinen Umfangs erfolgte eine Fokussierung auf fünf Sprachgruppen. Vorrangig wurden jene Gruppen beleuchtet, die entweder in quantitativer Hinsicht von Bedeutung sind und/oder eine auffallend hohe Selbstständigenquote aufweisen. Allerdings wurden auch Sprachgruppen berücksichtigt, die zwar „mengenmäßig“ (noch) nicht zu den „Top-Playern“ zählen, aber in Anbetracht der Entwicklung in den letzten Jahren in Zukunft von großem Potenzial gekennzeichnet sein dürften. Unter Abstimmung mit dem Auftraggeber der Studie (AMS Österreich) wurden folgende Sprachgruppen abgedeckt: Arabisch, „Indisch“, „Jugoslawisch“ (Serbien und Montenegro sowie Bosnien und Herzegowina), Rumänisch sowie Türkisch.

Um die heterogene Zielgruppe möglichst umfassend abzudecken, wurde eine „Quasi-Quotierung“ vorgenommen, d.h. bei der Auswahl der InterviewpartnerInnen wurde gezielt auf das Vorliegen folgender Charakteristika geachtet:

- sechs Sprachgruppen (siehe obige Auflistung)
- Geschlecht des/der Unternehmers/in
- Erste bzw. zweite Generation
- Branchen- sowie Unternehmensgrößenmix

Erfahrungen der GründerInnen mit Migrationshintergrund

Während des *Gründungsprozesses*, aber auch in späteren Phasen des Unternehmenslebenszyklus, ist das *familiäre Umfeld* bzw. die *ethnische Community* für die UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund von herausragender Bedeutung. Neben psychischer

Unterstützung fungiert das persönliche Umfeld vielfach als Financier und/oder Mediator zu anderen Betrieben und/oder der öffentlichen Hand. Aufgrund der tendenziell eher kleinen Unternehmensgröße erhält die wirtschaftliche Vernetzung (die allerdings vielfach mit einer persönlichen Vernetzung in Zusammenhang steht) der ethnischen Ökonomien untereinander, aber auch mit „einheimischen Betrieben“, besondere Relevanz für die nachhaltige Unternehmensentwicklung.

In Bezug auf *öffentliche Unterstützungs- und Fördermaßnahmen* geben die befragten UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund an, keine „migrantenspezifischen“ Angebote zu kennen. Auch aus dem breiten Spektrum an generell verfügbaren Instrumenten zur Gründungsförderung und -unterstützung wurden im Allgemeinen „nur“ das Gründerservice der Wirtschaftskammer bzw. vereinzelt bestimmte Maßnahmen des AMS in Anspruch genommen. Die Erfahrungen der GründerInnen sind im Durchschnitt positiv, wenngleich einerseits die Notwendigkeit, „aktiv“ Informationen einholen zu müssen, hervorgehoben wird und andererseits die o.a. Rolle des persönlichen Umfelds auch in diesem Zusammenhang nicht vernachlässigt werden darf.

Während der Geschäftstätigkeit sehen sich die UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund insbesondere durch die *Preiskonkurrenz* am Markt beeinträchtigt. Dies trifft zwar auch auf die „einheimischen“ Betriebe zu, jedoch in geringerem Ausmaß.

Handlungsoptionen für die öffentliche Hand

Die nicht zu vernachlässigende ökonomische Bedeutung von Unternehmen im Eigentum von Personen mit Migrationshintergrund sowie die Tatsache, dass dieses Potenzial weder vollends erkannt noch genutzt wird, weist darauf hin, dass Handlungsmöglichkeiten für die öffentliche Hand bestehen, die den MigrantInnen die Geschäftstätigkeit erleichtern und somit deren Beitrag zur volkswirtschaftlichen Entwicklung erhöhen können.

Neben *Erleichterungen legislativer Natur und der Vereinfachung von Verfahren* (siehe z.B. Gewerberechtsnovelle 2002), die auch Unternehmensgründungen für diese Zielgruppe attraktiver machen, gilt es generell für gründungsinteressierte Personen mit Migrationshintergrund, gezielte Unterstützungsmaßnahmen zu entwickeln sowie bereits bestehende Förderinstrumente an die zielgruppenspezifischen Bedürfnisse anzupassen.

Einerseits bedeutet dies, dass UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund bei bereits bestehenden,

allgemein zugänglichen Förderinstrumenten stärker als potenzielle GründerInnen wahrgenommen werden, was beispielsweise durch eine ausgerichtete *Sensibilisierungsarbeit* bei den MitarbeiterInnen dieser Einrichtungen (damit sind einerseits Gründerzentren u.ä., aber z.B. auch das AMS oder die Kreditwirtschaft gemeint) erzielt werden kann. Andererseits sollten die den MigrantInnen angebotenen Unterstützungsmaßnahmen eine stärkere Zielgruppenorientierung aufweisen. D.h. auch allgemeine Programme zur Förderung der Unternehmensgründung sollten Vielsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz, aber auch mehr soziale und methodische Kompetenzen aufbringen.

In Bezug auf die Mehrsprachigkeit der angebotenen Informationen ist gedrucktes Material, wie etwa *bilinguale Gründungsleitfäden*, sicher von Vorteil – dies jedoch nur, wenn die enthaltenen Details auch regelmäßig aktualisiert und den laufenden Änderungen (z.B. in Bezug auf Gesetze oder Vorgehensweisen bei der Gründung, aber auch hinsichtlich der „nachgefragten Sprachen“ vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Migrationsbewegung) angepasst werden. Gleichzeitig weist die Notwendigkeit der kontinuierlichen Aktualisierung schriftlich vorhandenen Informationsmaterials auf den positiven Nutzen *zweisprachiger BeraterInnen* hin.

Bisher wenden sich MigrantInnen eher an das Gründerservice der Wirtschaftskammer, während andere Unterstützungsprogramme, wie beispielsweise das Unternehmensgründungsprogramm des AMS oder finanzielle Förderungen, nur vereinzelt von der Zielgruppe in Anspruch genommen werden. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass das breite Spektrum an in Österreich verfügbaren Unterstützungsleistungen – insbesondere für MigrantInnen, die mit den heimischen Strukturen und Abläufen weniger vertraut sind – in Bezug auf deren Verfügbarkeit, Zugangskriterien und Inhalte *intransparent* sind.

Dem könnte beispielsweise durch die Einbeziehung der in vielen Ethnien bedeutenden *sozialen Netzwerke* Abhilfe geschaffen werden. Informelle Schlüsselpersonen der einzelnen Communities (z.B. in MigrantInnenvereinen, ÄrztInnen, kulturelle/religiöse Vertrauenspersonen etc.) könnten als „Multiplikatoren“ eingesetzt werden, indem diese über das verfügbare Maßnahmenspektrum geschult und relevante Informationen auf diesem Weg der potenziellen Zielgruppe näher gebracht werden. Derartiges wird etwa in Deutschland oder den Niederlanden (zumindest

teilweise) schon praktiziert und hat sich als erfolgreich erwiesen.

Eine Grundvoraussetzung für eine solche Vorgehensweise ist jedoch, dass ausreichende Informationen über diese sozialen Netzwerke – auch auf lokaler Ebene – vorliegen, was bislang (zumindest für einzelne Ethnien) nicht der Fall ist. Hier empfiehlt sich dementsprechend im Vorfeld eine umfassende Analyse zur *Identifikation der adäquaten Multiplikatoren* und deren Verbindungen zur Community.

In Bezug auf „migrantenspezifische“ Maßnahmen zeigt sich, dass diese bislang tendenziell eher Projektcharakter aufweisen denn ein laufendes/permanentes Instrument darstellen. Dies ist dahingehend problematisch, als sich eine starke Abhängigkeit von der „momentanen“ Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen (nicht zuletzt auch der europäischen Kofinanzierung) ergibt, wodurch eine nachhaltige Unterstützung der ethnischen Ökonomien kaum gegeben ist.

In Bezug auf die abzudeckenden *Inhalte* dürften insbesondere die folgenden Bereiche von Bedeutung sein:

- Beratung und Unterstützung nicht nur in der Gründungsphase, sondern auch in späteren Phasen des Unternehmenslebenszyklus (z.B. im Sinne eines Unternehmenscoachings)
- Bereitstellung von Informationen über rechtliche und administrative Ansprüche, sowohl vor bzw. während der Gründung als auch im laufenden Geschäftsalltag (von allgemeinen sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Aspekten bis zu „ausgefalleneren“ Bereichen wie der Betriebsanlagengenehmigung)
- Zugang zu bzw. Rekrutierung von ausreichend qualifiziertem Personal (als Reaktion auf den artikulierten Fachkräftemangel)
- Zugang zu Finanzmitteln bzw. Berücksichtigung von im Ausland angesiedelten Sicherheiten

Vielfach zeigen sich bei UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund sowohl bei allgemeinen Unterstützungseinrichtungen als auch bei zielgruppenspezifischen Programmen gewisse Ressentiments gegenüber einer Beteiligung / Inanspruchnahme. Dies weist darauf hin, dass ein „*aktives Zugehen*“ auf die *Zielgruppe* für den Erfolg der Maßnahme von nicht unbeachtlicher Relevanz ist (dies hat sich beispielsweise im Ansatz der Stadtteilbegehung des deutsch-türkischen Wirtschaftszentrums erwiesen).

Dabei wird es sicherlich auch wesentlich sein, MigrantInnen nicht als niedrig qualifiziert oder „UnternehmerInnen zweiter Klasse“ darzustellen, sondern wertfrei auf deren Bedürfnisse einzugehen. In diesem Zusammenhang gilt es auch, der *Ansprache der zweiten oder dritten Generation* Aufmerksamkeit zu zollen. Interessant sind hier beispielsweise Möglichkeiten, wie sie in einigen deutschen Programmen gewählt wurden, nämlich weniger auf die Staatsbürgerschaft oder das Geburtsland abzielen, sondern auf das subjektive Zugehörigkeitsgefühl zu einer Ethnie.

Auch die Zielgruppe der *Gründerinnen* mit Migrationshintergrund wird vielfach noch nicht berücksichtigt. Zwar zeigen sich in einigen Ethnien tatsächlich kaum unternehmerische Aktivitäten bei den Frauen, in anderen ist dies jedoch durchaus gegeben. Vor dem Hintergrund, dass etwa deutsche Beispiele zeigen, dass Maßnahmen, die (zumindest auch) auf Migrantinnen fokussieren, von einer Teilnehme-

rinnenquote gekennzeichnet sind, die höher ist als der durchschnittliche Frauenanteil unter den UnternehmerInnen, sind derartige Instrumente nicht zu vernachlässigen.

Quelle: K. Schmid, I. Mandl, A. Dorr, B. Staudenmayer, R. Haberfellner: Entrepreneurship von Personen mit Migrationshintergrund: Gründungsprozess & Lehrlingsausbildung; ibw-research brief, Ausgabe Nr. 29 / Februar 2007. Gratisdownload der Studie möglich via AMS-Forschungsnetzwerk:

http://www.ams-forschungsnetzwerk.at/download-pub/Entrepreneurship_von_Personen_mit_Migrationshintergrund-Endbericht.pdf

bzw. via ibw-Homepage:

http://www.ibw.at/html/ex_berichte/entrepreneurship_migrationshintergrund_eb.pdf

MigrantInnen im Linzer Kulturbereich

Aufbauend auf den Grundsätzen des Linzer Kulturentwicklungsplans stellte der Stadtkulturbereich in einem Empfehlungskatalog unter anderem die Forderung nach einer Studie zum Thema "MigrantInnen im Linzer Kulturbereich". Diese wurde im Februar 2006 von der Stadt Linz im Rahmen des Programms "Stadt der Kulturen" in Auftrag gegeben und wurde nunmehr fertig gestellt.

Mit der vom Linzer Institut für qualitative Analysen (LIQA) durchgeführten Studie liegt nun erstmalig eine Bestandsaufnahme zum migrantischen Kulturbereich in Linz vor, die vielfältige Informationen liefert. Neben umfangreichen Literatur- und Materialanalysen wurden dabei insgesamt 39 von 80 recherchierten kulturellen Einrichtungen von und für MigrantInnen zu ihren kulturellen Aktivitäten, Bedürfnissen, Wünschen und Forderungen befragt. Zusätzlich wurde ein sechsseitiger Erhebungsbogen mit Fragen zu kulturellen Leistungen, Finanzen, Personal u.ä. eingesetzt. Die Forschungsarbeit verbleibt nicht auf einer bloß deskriptiven Ebene, sondern liefert Analysen und Interpretationen, um den migrantischen Kulturbereich in Linz zukunftsfähig zu gestalten. So wur-

den die zentralen Erkenntnisse aus der Forschungsarbeit verknüpft und in einem Handlungsraaster zusammengefasst.

Kulturpolitik, Kulturverwaltung und Kulturförderung für und von MigrantInnen in Linz

Integration wird in der Stadt Linz als kommunale Querschnittsaufgabe aufgefasst und unter den "Leitlinien für eine Linzer Integrationspolitik" mit folgenden Zielsetzungen festgelegt:

- Verbesserung der Bildungschancen von MigrantInnen
- Gesundheitsversorgung und -förderung
- Maßnahmen zur Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache
- Gezielte Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsmaßnahmen
- Förderung von MigrantInnenvereinen und interkulturellen Initiativen
- Schaffung eines Klimas der Toleranz und der Gewaltlosigkeit
- Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung durch die Organisation von Aus- und Weiterbildungs- oder Informationsveranstaltungen für MagistratsmitarbeiterInnen

In verschiedenen Handlungsfeldern setzt die Stadt Linz integrative Bemühungen, etwa in den Kindergär-

ten durch die Sprachförderung in Form eines Sprachtickets ("Linzer Modell"), in der Schule durch die Sprachförderung für SchuleinsteigerInnen, die außerschulische Lernbetreuung und durch die Unterstützung von muttersprachlichen Elterninitiativen sowie im Bereich der Ausbildung durch eine spezifische Lehrlingsförderung in Form einer Aufnahme bzw. Ausbildung von Lehrlingen mit Migrationshintergrund. Im sprachlichen Bereich werden auch entsprechende Kurse an der Volkshochschule, spezifische Sprachkurse für Mütter ("Mütterkurse") und eine aktuelle Informationsübersicht über Sprachkurse in Linz angeboten. Im Bereich des Personalmanagements werden bei den Ferial- und PflichtpraktikantInnen besonders Jugendliche mit nicht-deutscher Muttersprache eingeladen, sich zu bewerben. Darüber hinaus bemüht sich die Stadt Linz verstärkt darum, den Anteil an biculturellen MitarbeiterInnen zu erhöhen.

Im Zusammenhang mit der Zuwanderung von MigrantInnen wurden verschiedene Strukturen eingerichtet. Neben dem Ombudsmann für MigrantInnen sind hier insbesondere das AusländerInnen-Integrationsbüro und der AusländerInnen-Integrationsbeirat zu nennen. Darüber hinaus sind der Arbeitskreis "MigrantInnen im Kulturbereich" des Stadtkulturbeirats und die im Kulturentwicklungsplan Linz (KEP) festgeschriebenen Maßnahmen im MigrantInnenkulturbereich von besonderer Bedeutung. Im nicht-städtischen Bereich müssen als (kultur)politische Initiativen insbesondere die Kulturplattform Oberösterreich und die Plattform Zivilcourage als wichtige übergreifende Plattformen angeführt werden (neben Plattformen und Verbänden, die sich auf eigene Communities beziehen, wie z.B. die Black Community Linz oder verschiedene türkische Dachverbände).

In den geführten Interviews wird in der Einschätzung zur Kulturpolitik für MigrantInnen in Linz mit unterschiedlichem Nachdruck gefordert, dass sich die Inhalte und Ergebnisse von Konzepten und Studien (z.B. Kulturentwicklungsplan, Integrationsleitbild, vorliegende Studie) auch in konkreten Maßnahmen manifestieren und nicht bloß auf dem Papier stehen bleiben. Die grundsätzlichen Einschätzungen zur städtischen Kulturpolitik reichen von Lob und Zufriedenheit bis hin zur Bemängelung, dass in Linz zuwenig aktive bzw. nur folkloristische Kulturpolitik für MigrantInnen gemacht wird. Kritisiert wird etwa das Nichterscheinen von PolitikerInnen bei vereinseigenen Veranstaltungen (mit Ausnahme der Vorwahlzeit), die voreilige parteipolitische Schubladisierung von migrantischen Kulturvereinen und das Fehlen einer aktiven Kontaktaufnahme von und Zusammenarbeit mit

politischen Parteien (bis auf wenige Ausnahmen). In diesem Zusammenhang kann auch das Sichtbarmachen und die Steigerung des Selbstwertgefühls von MigrantInnen als eine der Funktionen einer Kultur(politik) für MigrantInnen gesehen werden. Die derzeitige Sichtbarkeit von migrantischer Kulturarbeit ist in vielen Fällen auf den migrantischen Bereich beschränkt, ein Durchdringen in die erweiterte Öffentlichkeit der Stadt gelingt nur in den wenigsten Fällen.

Zur finanziellen Förderung der künstlerischen und kulturellen Entwicklung gibt es von der Stadt Linz Prämien, Preise, Stipendien und Fördertöpfe. Unter dem Motto "Stadt der Kulturen" vergibt die Stadt Linz (AusländerInnen-Integrationsbüro und Büro Linz Kultur) seit 1998 Förderpreise für herausragende interkulturelle Projekte. Andere Förderpreise der Stadt Linz wie LinzKultur/4, LINZimPULS und LinzEXPORT beziehen sich nicht explizit auf den migrantischen Kulturbereich, sind für diesen allerdings von hohem Interesse. Mit Subventionen wurden im Jahr 2005 insgesamt 40 verschiedene Organisationen aus dem migrantischen Kulturbereich (Beratungseinrichtungen, MigrantInnenvereine, Bildungseinrichtungen) mit insgesamt 520.000 Euro gefördert. Aus dem Kulturbudget kommen davon laut Eigenangabe der migrantischen Kultureinrichtungen rund 20.000 Euro an Förderungen, was einem durchschnittlichen Förderbetrag von knapp unter 2.000 Euro je geförderter Einrichtung entspricht. Dies deckt sich auch in etwa - unter Berücksichtigung allfälliger weiterer Förderungen von migrantischen Kultureinrichtungen, die nicht an der Erhebung teilnahmen oder keine Antwort gaben - mit den Ergebnissen der Analyse des Kulturbudgets. Die Ausgaben für migrantische Kultureinrichtungen aus dem Kulturbudget der Stadt Linz betragen im Jahr 2000 insgesamt rund 13.000 Euro und stiegen bis 2006 auf rund 29.000 Euro, was einer nominellen Steigerung von über 120 Prozent entspricht. Den größten Teil dieser Ausgaben macht dabei das Preisgeld für "Stadt der Kulturen" aus. Festgehalten werden muss in diesem Zusammenhang, dass der Anteil der Ausgaben für migrantische Kultureinrichtungen aus dem Kulturbudget am gesamten Kulturbudget der Stadt Linz äußerst niedrig ist. Verstärkte Aktivitäten in diese Richtung wurden im März 2007 vom zuständigen Kulturreferenten der Stadt angekündigt, angesichts der beinahe nicht existenten Förderung von migrantischen Kultureinrichtungen aus dem Kulturbudget können diese allerdings nur einen ersten Schritt in Richtung einer angemessenen Förderung der migrantischen Kultureinrichtungen in Linz darstellen.

Kulturelles Angebot für MigrantInnen in Linz

Von der Stadt Linz selbst werden nur wenige kulturelle Angebote gesetzt, die sich explizit bzw. exklusiv an migrantisches Publikum wenden. Einzelne der städtischen Großveranstaltungen verstehen sich jedoch durchaus als kulturelle Begegnungsfeste mit vielfältigen nationalen und internationalen Programmpunkten. So zogen das vom Büro Linz Kultur veranstaltete LinzFest 2006 rund 10.000 und das Pflasterspektakel 2006 rund 200.000 BesucherInnen an und verwandelten den Linzer Donauraum bzw. die Innenstadt in ein multikulturelles Zentrum. Wichtige Aktivitäten zum Thema Migration finden auch im Kontext der Friedensbemühungen der Stadt Linz oder teilweise im Bereich der ausgelagerten LIVA-Einrichtungen wie dem Brucknerhaus (z.B. Musik der Völker 2006/2007), dem Posthof (z.B. Festa do Brasil im März 2006) oder den städtischen Museen (z.B. eine ungarischsprachige Führung im Kunstmuseum Lentos im Jahr 2005, Ausstellung "1956/2006 - Erich Lessing. Budapest - die ungarische Revolution. Neue Heimat Linz und Oberösterreich" im Nordico) statt.

Der Großteil des kulturellen Angebotes für MigrantInnen in der Stadt Linz wird allerdings von den zahlreichen Kultureinrichtungen und -initiativen bereitgestellt, insbesondere von den selbstorganisierten Einrichtungen und Initiativen von MigrantInnen im Kunst- und Kulturbereich. Die kulturellen Aktivitäten umfassen dabei verschiedenste Bereiche, von der Auseinandersetzung mit den Herkunftsländern und der Verbesserung der interkulturellen Kontakte über die Darstellung und Reflexion der gegenwärtigen Situation von MigrantInnen in Linz oder die Aufarbeitung und das Gedenken an Verfolgung und Ermordung der eigenen Bevölkerungsgruppe bis hin zu Interventionen im öffentlichen Raum.

In den Interviews mit den migrantischen Kultureinrichtungen wurde auch danach gefragt, inwieweit das bestehende kulturelle Angebot in Linz für MigrantInnen attraktiv ist. Insbesondere bezogen sich die Fragestellungen dabei auf eine Einschätzung hinsichtlich der Stärken und Schwächen im kulturellen Angebot, vorhandene Informationsdefizite, die Einbindung von migrantischen Einrichtungen beim städtischen Kulturangebot und das Bestehen von spezifischen Hürden für MigrantInnen hinsichtlich des kulturellen Angebots. Die Meinungen über die Attraktivität des kulturellen Angebotes für MigrantInnen in der Stadt Linz gehen teilweise auseinander, müssen allerdings auch vor dem jeweils persönlichen Hintergrund der interviewten Personen gesehen werden. An

einigen Stellen verdichten sich die Einschätzungen der migrantischen Kultureinrichtungen. Dies betrifft insbesondere folgende vier Bereiche:

- das bestehende Informationsdefizit, dass migrantische Kultureinrichtungen (und migrantische EinwohnerInnen) in Linz hinsichtlich des kulturellen Angebots haben
- die fehlende Einbindung von migrantischen Kultureinrichtungen bei der Programmierung des städtischen Kulturangebotes
- das Fehlen von spezifischen Kulturangeboten für MigrantInnen
- das Vorhandensein von Hürden und Barrieren, die MigrantInnen von der Wahrnehmung des städtischen Kulturangebots abhalten können

Migrantische Kultureinrichtungen in Linz

Ein hoher Anteil der migrantischen Kultureinrichtungen in Linz hat sich erst in den letzten Jahren gegründet. Über ein Drittel der befragten migrantischen Kultureinrichtungen gibt an, zwischen 2001 und 2006 gegründet worden zu sein (ca. 39 Prozent). Rund ein Viertel von ihnen hat sich zwischen 1996 und 2000 gegründet (ca. 26 Prozent), ein Fünftel zwischen 1991 und 1995 (ca. 21 Prozent). Nur ein sehr kleiner Teil der migrantischen Kultureinrichtungen existiert bereits seit längerer Zeit (ca. 8 Prozent, das sind drei Einrichtungen).

Für mehr als die Hälfte der migrantischen Kultureinrichtungen in Linz ist traditionelle Volkskultur ein sehr oder eher wichtiger Bestandteil im eigenen kulturellen Leistungsangebot (ca. 61 Prozent). Traditionelle Volkskultur, in den meisten Fällen als Bindeglied zur Herkunftskultur gesehen, hat somit einen sehr hohen Stellenwert im kulturellen Ensemble der migrantischen Kultureinrichtungen.

Fast alle migrantischen Kultureinrichtungen setzen Aktivitäten in mehreren Bereichen wie Kultur, Soziales, Bildung oder Freizeit. Rund die Hälfte der migrantischen Kultureinrichtungen erbringt Beratungsleistungen (20 Nennungen), ein weiteres Drittel (auch) Betreuungsleistungen (15 Nennungen). Weitere Leistungen beziehen sich auf die Interessensvertretung (12 Nennungen) und die politische Kulturarbeit (10 Nennungen). Diskussionen und Vorträge wurden bei der Erhebung 16 mal, Workshops und Seminare 11 mal genannt.

Insgesamt wurden im Jahr 2005 von den respondierenden migrantischen Kultureinrichtungen 559 kulturelle Veranstaltungen bzw. Einzelprojekte durchge-

führt, das entspricht durchschnittlich rund 17 Veranstaltungen bzw. Einzelprojekten je Einrichtung. In den Zahlen enthalten sind dabei auch Fremdveranstaltungen, d.h. Veranstaltungen, die von anderen Einrichtungen organisiert oder getragen wurden und selbst nur mitorganisiert oder –getragen wurden (z.B. durch Zurverfügungstellung der eigenen Räumlichkeiten). Hochgerechnet auf die migrantischen Kultureinrichtungen in Linz insgesamt ergeben sich somit rund 1.000 Veranstaltungen bzw. Einzelprojekte im Jahr.

Rund 41.000 Personen besuchten diese kulturellen Veranstaltungen und Einzelprojekte, was einem Durchschnittswert von ca. 1.500 BesucherInnen je Einrichtung in diesem Jahr entspricht. Hochgerechnet auf die Gesamtanzahl der migrantischen Kultureinrichtungen ergibt sich somit ein geschätzter Wert von 90.000 bis 110.000 BesucherInnen. Die befragten Einrichtungen schätzen dabei, dass etwas mehr als die Hälfte der BesucherInnen Frauen sind (ca. 54 Prozent) und der überwiegende Teil aus dem migrantischen Bereich stammt (ca. 78 Prozent). Generell am stärksten richten sich die kulturellen Angebote der Einrichtungen klarerweise an die MigrantInnen selbst. 23 der befragten Einrichtungen geben hier an, dass dies sehr stark der Fall ist, bei weiteren zwei Einrichtungen zumindest stark.

Die Arbeit in migrantischen Kultureinrichtungen in Linz ist durch ein hohes Maß an nicht abgegotener Eigenleistung gekennzeichnet. Nur in wenigen Fällen existieren Arbeitsverhältnisse und falls dies der Fall ist, sind dies überwiegend keine Normalarbeitsverhältnisse. Insgesamt sind in den befragten migrantischen Kultureinrichtungen 353 Personen regelmäßig ehrenamtlich aktiv, was einem Durchschnittswert von ca. 11 Personen entspricht. Die Vorstandsmitglieder leisten durchschnittlich ca. 126 Stunden pro Monat ehrenamtliche Arbeit je Einrichtung, die Geschäftsführung – über das Ausmaß des bestehenden Arbeitsverhältnisses hinaus – durchschnittlich ca. 46 Stunden pro Monat je Einrichtung und die sonstigen Vereinsmitglieder im Durchschnitt ca. 153 Stunden pro Monat je Einrichtung. Hochgerechnet auf den Gesamtbestand an migrantischen Kultureinrichtungen in Linz ergibt dies monatlich ca. 14.000 bis 18.000 Stunden an regelmäßig stattfindender unabgegotener Eigenleistung.

Die migrantischen Kultureinrichtungen in Linz sind in unterschiedlichsten Konstellationen vernetzt. So werden in den Interviews inner-migrantische Vernetzungszusammenhänge (Black Community Linz, Eine-Welt-Zukunft etc.), die Mitgliedschaft in diversen

Dachverbänden, anlassbezogene und politische Vernetzungen (Plattform Zivilcourage, KUPF etc.), aber auch thematische Netzwerke (OÖ Sozialplattform, Südwind, Netzwerk Asylanwalt, Land der Menschen) genannt. Im migrantischen Feld selbst werden unterschiedlich intensive Kontakte und Formen der Zusammenarbeit gelebt. Einige der migrantischen Kultureinrichtungen führen gemeinsame Projekte und Veranstaltungen durch, andere wiederum pflegen Kontakte im sportlichen und musikalischen Bereich, darüber hinaus findet auch ein reger Austausch von Informationen statt. Eine intensive Zusammenarbeit erweist sich aber oft aufgrund der unterschiedlichen Sprache und der persönlichen bzw. zeitlichen Ressourcen als schwierig.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Aktivitäten der migrantischen Kultureinrichtungen in Linz sind von vielfältigen Problemen begleitet. An erster Stelle müssen hier die finanziellen Rahmenbedingungen angeführt werden (und in diesem Zusammenhang auch die fehlenden räumlichen Ressourcen, unzureichende Infrastruktur und fehlende personelle Kapazitäten), unter denen die Einrichtungen arbeiten. Weitere Problemfelder stellen das Informationsdefizit hinsichtlich des kulturellen Angebotes oder der möglichen Förderungen in Linz dar, sprachliche Barrieren und Probleme in der Ansprache der Zielgruppen oder die fehlende Kooperationsmöglichkeit zwischen migrantischen Einrichtungen bzw. zwischen diesen und Einrichtungen der Mehrheitsbevölkerung.

Einen wichtigen Meilenstein in der kulturellen Entwicklung der Stadt Linz stellt die Ernennung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2009 dar. Der Frage, inwieweit migrantische Kultureinrichtungen in die Programmplanung miteinbezogen sind, inwieweit migrationsbezogene Themen eine Rolle spielen und wie die migrantischen Kultureinrichtungen selbst informiert und involviert sind, wurde in der Forschungsarbeit ebenfalls nachgegangen. Aus dem Feld der migrantischen Kultureinrichtungen heraus gab es Anfang des Jahres 2006 Versuche einer gemeinsamen Orientierung im Hinblick auf die Kulturhauptstadt 2009, wobei eine diesbezügliche weitere Vernetzung oder Kooperation nicht aktiv vorangetrieben wurde. Von Seiten der Stadt Linz und der Linz 2009 GmbH wurden bis Ende letzten Jahres zur Einbindung der migrantischen Kultureinrichtungen vor Ort nur wenige Schritte gesetzt. Einige wenige Einrichtungen sind an so genannten Vorprojekten beteiligt oder haben Projektideen eingebracht. Seit Beginn dieses Jahres ist

bei der Linz 2009 GmbH allerdings eine Person für die Projektentwicklung angestellt, die insbesondere für den migrantischen Bereich zuständig ist, darüber hinaus eine zweite Person, die sich vor allem um Stadtteilkulturarbeit kümmert, was für migrantische Kultureinrichtungen von besonderer Relevanz ist. Die konkreten Aktivitäten zur Einbeziehung der migrantischen Kultureinrichtungen in Linz wurden dementsprechend in den letzten Monaten intensiviert.

Basierend auf den Erkenntnissen der Forschungsarbeit wurde ein Handlungsrastrer erarbeitet, der eine

Reihe an Empfehlungen für die Weiterentwicklung des migrantischen Kulturbereichs in Linz enthält. Behandelt werden in ihm die Themenfelder Finanzierung und Förderung, Vermittlung von Kompetenzen und Fertigkeiten, Partizipation, Information und Kommunikation, interkulturelle Öffnung sowie Kulturhauptstadt 2009. Er ist zusammen mit der Kurz- und Langfassung der Studie unter www.liqua.net (Forschung / Projekte / abgeschlossene Projekte) abrufbar.

*Thomas Philipp, Lydia Thanner
LiquA - Linzer Institut für qualitative Analysen*

Zwischen Vorurteil und Aufgeschlossenheit

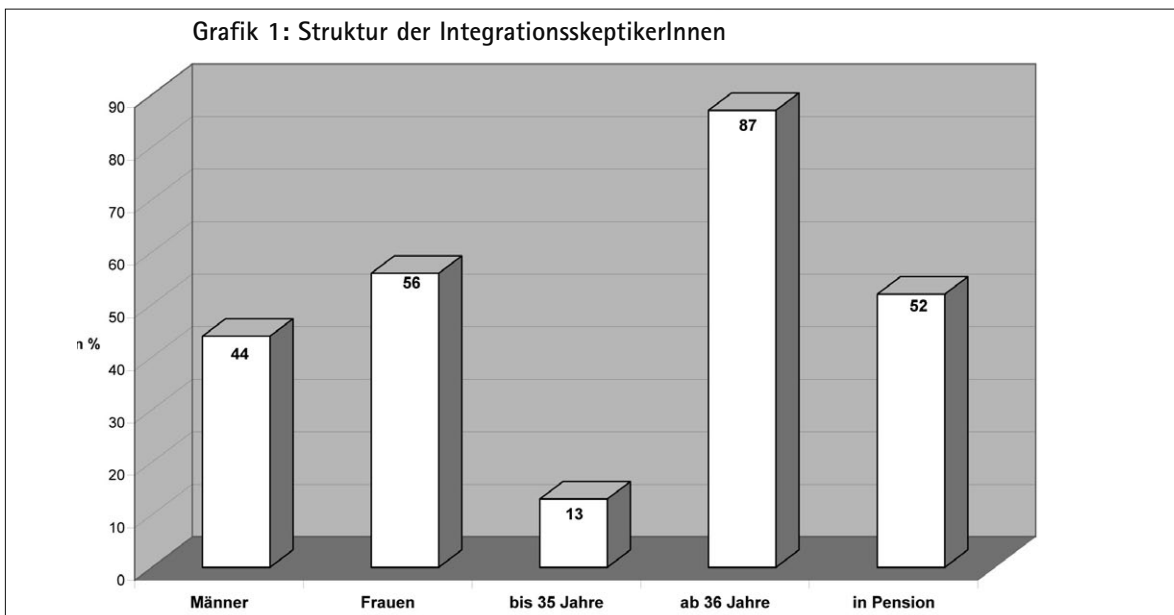
Die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft (SWS) führte im Vorjahr eine repräsentative Telefonumfrage durch, in der die Einstellungen der WienerInnen zur Integration von ZuwanderInnen erhoben wurden.

12 Prozent der befragten WienerInnen erachten die Integration von ZuwanderInnen in ihrer Stadt als zumindest gut funktionierend. Dass das Zusammenleben zwar prinzipiell gut funktioniert, es aber auch Verbesserungspotenzial gibt, meint die Mehrzahl der WienerInnen (51%). Von einer eher schlechten Integration sprechen 30 Prozent.

Bei jenen Befragten, die sich mit der Integration von ZuwanderInnen in Wien eher unzufrieden zeigen, überwiegt der Frauenanteil (56%). Vor allem WienerInnen ab einem Alter von 36 Jahren legen eine verstärkte Skepsis an den Tag (84% der Unzufriedenen sind Über-35-Jährige). 43 Prozent der mit der Integration Unzufriedenen sind PensionistInnen.

Eine weitere Frage beschäftigte sich damit, wie die gegenwärtige Zuwanderung (im Gegensatz zur traditionellen Immigration von Tschechen, Ungarn oder Slowaken) beurteilt wird. Glauben die WienerInnen, dass solche „neuen“ ZuwanderInnen „echte“ Wiener werden? Hier zeigt sich, dass die Mehrheit diesbezüglich eher skeptisch ist – nicht ganz die Hälfte der Befragten glaubt eher nicht daran. Demgegenüber steht ein Anteil von 28 Prozent, die doch davon ausgehen, dass die neuen ZuwanderInnen auch zu „echten Wie-

Grafik 1: Struktur der Integrations skeptikerInnen



nerInnen" werden. WienerInnen, die Kontakte zu ZuwanderInnen haben, teilen die Ansicht der Wiener Durchschnittsbevölkerung ziemlich genau. Der Kontakt allein führt also noch nicht automatisch zu einer optimistischeren Einschätzung – Personen, die keinen Kontakt haben, tendieren aber stark zu einer negativ ausgeprägten Einstellung.

Betrachtet man wiederum die Struktur derjenigen, die sich als eher skeptisch gegenüber der Integration der neuen ZuwanderInnen zeigen, erkennt man, dass es auch bei dieser Fragestellung vor allem Frauen sowie Befragte ab 36 Jahre sind, die in diese Gruppe fallen. Mehr als die Hälfte der SkeptikerInnen sind PensionistInnen, die Gruppe der „Jungen“ ist dagegen lediglich mit 13 Prozent vertreten (vgl. Grafik 1).

Welche Ausländergruppen sind es nun, von denen die WienerInnen annehmen, dass sie immer Fremde in Wien bleiben werden? Bei einer spontanen Nennung (Mehrfachantworten waren möglich) nannten 30 Prozent der WienerInnen die Gruppe der Türken, 22 Prozent jene der Moslems (wobei es hier Überschneidungen gibt).

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass viele Befragte weniger auf Herkunftsländer, sondern eben auf die Religion Bezug nahmen. Die Gruppe der Afrikaner wurde von 17 Prozent der Befragten als ZuwanderInnen bezeichnet, die immer Fremde bleiben werden: Die Hautfarbe spielt offensichtlich eine geringere Rolle als die Religion. Zum Vergleich: Ex-Jugoslawen wurden lediglich von sechs Prozent und Asiaten von zwei Prozent der WienerInnen spontan

genannt, wenn es um ZuwanderInnen geht, die immer Fremde bleiben werden.

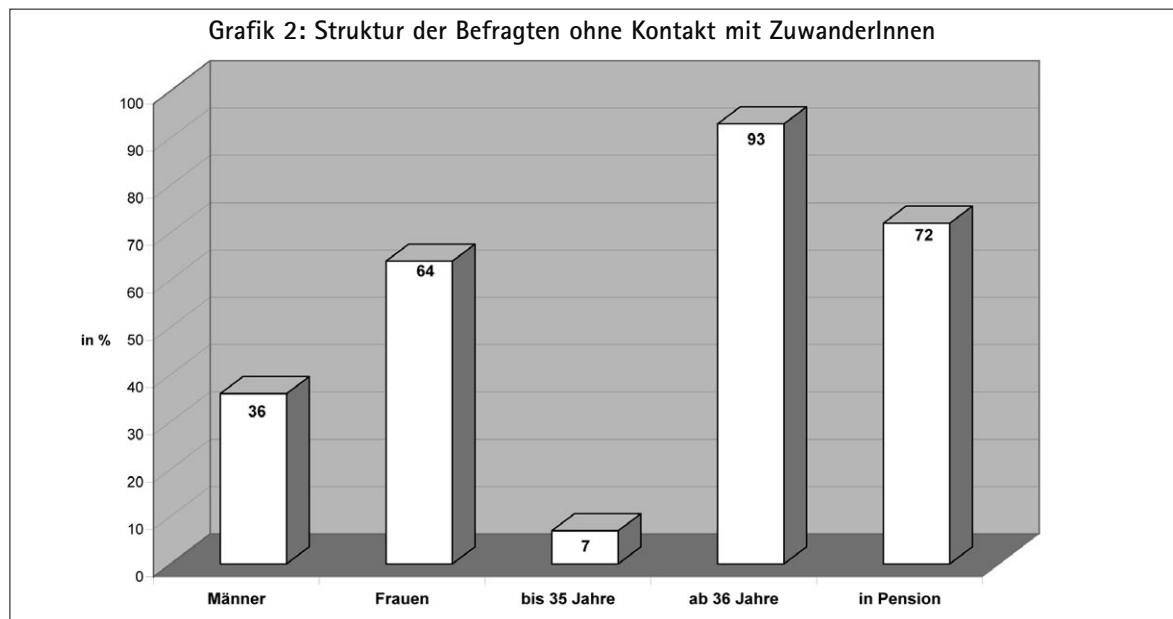
ZuwanderInnen in Wien: ein Konfliktpotenzial?

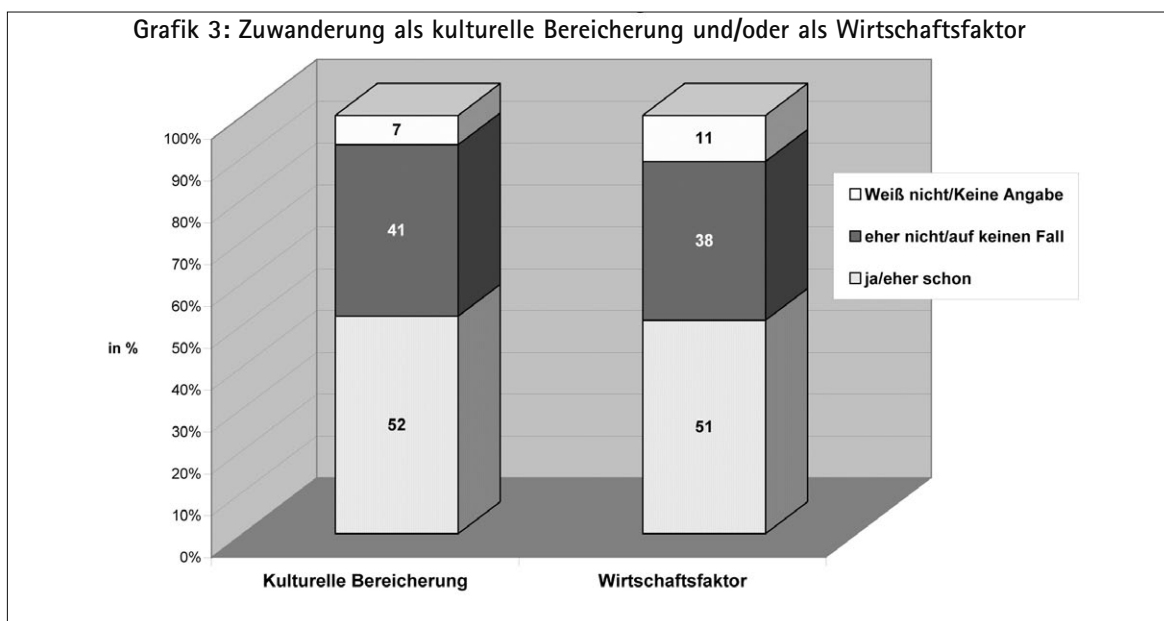
Es wurde auch der Frage nachgegangen, mit bezüglich welcher Nationalität oder Religionsgruppe der meiste Konfliktstoff in Wien gesehen wird: Wie schon gezeigt, denken die WienerInnen, dass bei Angehörigen des moslemischen Glaubens besonders viel Konfliktstoff gegeben ist: Knapp die Hälfte der Befragten gibt dies in Bezug auf Moslems an. Wiederum wird die Gruppe der türkischen ZuwanderInnen am zweithäufigsten genannt (26%), gefolgt von der Gruppe der Afrikaner (9%).

Im Rahmen der Umfrage wurde zusätzlich erhoben, mit welcher soziodemografischen Gruppe von ZuwanderInnen man den meisten Konfliktstoff sieht (bei vorgegebenen Antwortmöglichkeiten; Mehrfachantworten waren wieder möglich). Nicht überraschend ist für die Studienautoren, dass männliche Jugendliche am ehesten als Konfliktpotenzial betrachtet werden (66%), gefolgt von Männern im Allgemeinen (33%). Weibliche Jugendliche werden immer noch von einem Viertel der WienerInnen als Konfliktpotenzial bezeichnet, weibliche MigrantInnen im Allgemeinen lediglich von elf Prozent.

Kontakthäufigkeit mit MigrantInnen in Wien

19 Prozent der WienerInnen geben an, überhaupt keine Kontakte zu ZuwanderInnen zu haben (weder beruflich, freundschaftlich, noch in der Nachbar-





schaft etc.). Die häufigste Kontaktart ist jene durch die Nachbarschaft (60%), mit deutlichem Abstand gefolgt von den Bereichen „beruflich“ und „freundschaftlich“, die ähnliche Anteile aufweisen (36% bzw. 37%) und von der Möglichkeit „familiär“ mit 18 Prozent (Mehrfachantworten waren wieder möglich).

In der Struktur der befragten WienerInnen, die keine Kontakte mit ZuwanderInnen haben, zeigt sich deutlich, dass einerseits die Frauen in dieser Gruppe besonders stark vertreten sind (vgl. Grafik 2). Die Kontakthäufigkeit verringert sich andererseits eindeutig mit dem zunehmenden Alter der Befragten: Sehr junge Befragte sind kaum in dieser Gruppe vertreten, der Anteil der PensionistInnen liegt bei über 70 Prozent.

MigrantInnen in Wien: eine Bereicherung?

Jeweils knapp mehr als 50 Prozent betrachten die „neuen Zuwanderer“ einerseits als kulturelle Bereicherung, andererseits ist auch etwas mehr als die Hälfte der Befragten der Ansicht, dass Wien eine Zuwanderung braucht, um das Wirtschaftswachstum und die Pensionen zu sichern (vgl. Grafik 3).

Insgesamt liegt der Anteil jener Befragten in Wien, die sowohl die kulturelle Bereicherung durch ZuwanderInnen als auch den Wert von Zuwanderung für die Wirtschaft erkennen, mit 43 Prozent recht hoch. 31 Prozent sehen die Zugewanderten weder als kultu-

relle Bereicherung noch als Positivum für die Wirtschaft, 14 Prozent sehen die Bereicherung nur in ökonomischer Hinsicht, zwölf Prozent nur im kulturellen Bereich.

Ausmaß an Vorurteilen gegenüber ZuwanderInnen

Um einen Eindruck von eventuell bestehenden Vorurteilen gegenüber ZuwanderInnen zu erhalten, wurden den Befragten im Rahmen der Umfrage eine Reihe von Aussagen vorgelegt, die zunächst hinsichtlich ihrer Richtigkeit beurteilt werden sollten. Befragte, die einer Aussage zustimmten, wurden im Anschluss gebeten anzugeben, ob sie das in der Aussage beschriebene Phänomen stört.

Fast 90 Prozent der WienerInnen stimmten der Aussage zu, dass in vielen Häusern Wiener mit Ausländern zusammenwohnen müssen. Angesichts des Ausländeranteils von 18 Prozent an der Wiener Wohnbevölkerung ist dies für die StudienautorInnen kein allzu überraschendes Ergebnis. Der Anteil jener Befragten, die das Zusammenwohnen von WienerInnen und AusländerInnen dezidiert stört, liegt aber nur bei 25 Prozent.

Der Aussage, dass in Wien AusländerInnen Gemeindewohnungen bekommen, stimmten 72 Prozent der Befragten zu. Hier ist zu beachten, dass es bei dieser Frage für die Befragten offensichtlich keine Rolle

spielt, ob ZuwanderInnen bereits die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen oder nicht. Denn erst seit 2006 haben AusländerInnen die Möglichkeit, zu Gemeindewohnungen zu kommen, allerdings müssen dafür einige Kriterien erfüllt sein (fünf Jahre Aufenthalt in Österreich, ein entsprechendes Einkommen, bestehende Krankenversicherung). Etwas mehr als ein Viertel der WienerInnen stört es, dass „AusländerInnen“ diese Möglichkeit nutzen können.

Zwei weitere zur Disposition gestellte Aussagen betrafen den Bereich „Kindergarten und Schule“: Dass der Anteil von Kindern mit einer anderen Muttersprache als Deutsch in Kindergärten und Schulen als Problem wahrgenommen wird, wird aus den Ergebnissen deutlich – für den Bereich der Schule stimmen sogar 90 Prozent der Befragten der vorgegebenen Aussage zu. Dass Wiener Kinder mit fremdsprachigen Kindern im Kindergarten spielen müssen, stört aber nur 21 Prozent der Befragten. Dass Wiener Kinder mit fremdsprachigen Kindern in die Schule gehen müssen, stört allerdings bereits 37 Prozent der WienerInnen, da offensichtlich befürchtet wird, dass der Lernerfolg zu leiden hat.

Das seitens mancher PolitikerInnen angedachte verpflichtende Kindergartenjahr vor der Einschulung, das unter anderem dem Zweck dienen würde, die Sprach-

kenntnisse von Kindern mit anderer Herkunft zu verbessern, würde wohl auf Zustimmung in der Wiener Bevölkerung stoßen, zumal sich in einer SWS-Umfrage aus dem Jahr 2005 37 Prozent der WienerInnen für ein solches verpflichtendes Kindergartenjahr ausgesprochen.

Knapp 30 Prozent der WienerInnen stimmen der Aussage zu, dass AusländerInnen WienerInnen die Arbeitsplätze wegnehmen. Eine solche Befürchtung ist demnach nicht allzu stark verbreitet, nicht überraschend ist aber das Ergebnis, dass ein beinahe ebenso großer Anteil angibt, dass man dies für problematisch hält.

Der Einstellung zur zunehmenden Präsenz von ZuwanderInnen im öffentlichen Raum wurde anhand der Aussage nachgegangen, dass es in öffentlichen Verkehrsmitteln immer mehr ausländische Fahrgäste gibt: 80 Prozent stimmten dieser Aussage zu, aber wiederum hat nur ca. ein Viertel der WienerInnen damit Probleme.

Quelle: Wien und die Zuwander/innen. Unterlagen zur Pressekonferenz vom 19.12.2006. Referenten: Hubert C. Ehalt, Marc Bittner, Thomas Reindl; www.sws-rundschau.at

Integrationsverbot für AsylwerberInnen!?

Was für ArbeitsmigrantInnen teilweise gewaltsam gefordert wird, ist für AsylwerberInnen vom Gesetz her ausgeschlossen: nämlich die Integration in unsere Gesellschaft. Wobei Integration gesagt wird und Assimilation gemeint ist.

Die Konstruktion dafür liefert das Bundesbetreuungsgesetz, in dem die so genannte Grundversorgung für AsylwerberInnen geregelt ist. Ist das Sozialhilfegesetz für „bedürftige“ Menschen schon prekär genug, so ist die Grundversorgung für „schutz- und hilfsbedürftige AsylwerberInnen“ noch erbärmlicher. Es gibt bekanntlich nichts in Österreich, das nicht noch schlechter gemacht werden könnte, als es ohnedies schon ist. Österreich funktioniert in weiten Bereichen für AsylwerberInnen wie ein Apartheidsystem: Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist so gut wie verbarrikiert, Teil-

habe am Sozial- und Gesellschaftsleben ist so gut wie unmöglich, medizinische Versorgung ist reduziert auf ein absolutes Minimum, die soziale und materielle Versorgung liegt weit unter dem niedrigsten Niveau der Sozialhilferichtsätze.

Zudem werden AsylwerberInnen meist nicht als Hilfesuchende Verfolgte behandelt, sondern als Sicherheitsrisiko. Dabei geht es immerhin um ca. 50.000 Menschen, wenn zu den in der so genannten Grundversorgung lebenden ca. 30.000 AsylwerberInnen auch jene gezählt werden, die außerhalb der Grundversorgung bzw. gänzlich untergetaucht in Österreich leben. Der Österreichischen Regierung geht es nicht um den Aufbau von Empfangsstrukturen für Flüchtlinge, sondern um Abschreckung von im Grunde genommen unwillkommenen Fremden. Ein Blick auf die alltägliche Praxis bestätigt diesen Befund:

Integrationsbarrieren

Falls die AsylwerberInnen nicht ohnehin schon an der Grenze abgewiesen werden oder erst gar nicht zum

Asylverfahren in Österreich zugelassen werden, weil aufgrund der „Dublin-Regelung“ ein anderes EU-Land dafür zuständig ist, kommen sie vom Erstaufnahmezentrum in eine so genannte Flüchtlingspension in einer meist peripheren Region (wirtschaftsschwach, unerfahren im Zusammenleben mit fremden Kulturen, ...). Dies sind meist heruntergewirtschaftete Pensionen, die den Anschluss an die gastronomische und touristische Entwicklung verloren haben und daher versuchen, sich über das risikoarme und vordergründig leichte Geschäft mit den AsylwerberInnen über Wasser zu halten. Ausnahmen bestätigen natürlich auch hier die Regel. Sind die AsylwerberInnen dort angekommen, beginnt für sie das lange Warten, meist auch ohne Zugang zu professioneller Rechtsberatung.

Strukturierungen für das Alltagsleben gibt es keine. 40 Euro Taschengeld pro Monat müssen für AsylwerberInnen reichen, um Hygieneartikel zu kaufen, Fahrtkosten zum Arzt zu bezahlen und das Nahrungsangebot aufzubessern. Jeder Zuverdienst – bis auf extreme Ausnahmen – ist verboten. Gelingt einem/einer AsylwerberIn einmal das Kunststück, bezahlte Arbeit zu finden, dann wird das dabei verdiente Geld quasi zur Strafe vom Taschengeld, dem Bekleidungsgeld etc. abgezogen.

■ *Integrationsbarriere Nr. 1: Arbeitsverbot:* Bis auf zeitlich begrenzte Saisonarbeit im Tourismus und in der Landwirtschaft ist es AsylwerberInnen verboten, reguläre Arbeit legal aufzunehmen. Dadurch sind sie gesetzlich zum Nichtstun verurteilt, was von Teilen der Bevölkerung als Schmarotzerei verunglimpft wird. Damit werden Vorurteile und gesellschaftliche Spannungen produziert. Obwohl sich die Lage und Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erfreulicherweise verbessert, sind AsylwerberInnen nach wie vor grundsätzlich vom Arbeitsmarkt – bis auf die genannten Ausnahmen – ausgeschlossen. Das war nicht immer so: Anfang der 1980er Jahre erhielten AsylwerberInnen praktisch automatisch eine Beschäftigungsbewilligung für die Dauer des Asylverfahrens. Der derzeitige Zwang zum Nichtstun bzw. zu tatenlosem Herumhängen verhindert ein selbst bestimmtes Leben für die AsylwerberInnen, macht Integration weitgehend unmöglich und kostet dem österreichischen Staat viel Geld, weil die AsylwerberInnen nicht durch eigene Arbeit ihren Unterhalt finanzieren können. Für viele AsylwerberInnen mit posttraumatischen Belastungsreaktionen verschlimmert sich damit ihre Situation. Das oft jahrelange passive Warten auf den Ausgang des Asylverfahrens beeinträchtigt die psychische und

physische Gesundheit. Zudem gehen durch die lange Wartezeit vorhandene berufliche Qualifikationen verloren. Arbeit wäre eine wichtige Hilfe für eine erfolgreiche Integration. Die Regierung verhindert dies.

■ *Integrationsbarriere Nr. 2: Keine Deutschkurse:* Ohne deutsche – regional natürlich auch ohne kroatische, slowenische etc. – Sprachkenntnisse ist die Kommunikation mit der Umwelt hierzulande bekanntlich schwierig bis unmöglich. Die Sprache des Gastlandes sprechen und verstehen zu können, stellt eine wichtige Voraussetzung für ein reibungsfreieres Zusammenleben dar. Die AsylwerberInnen sind aus diesen Gründen an allen Standorten hoch motiviert, die deutsche Sprache zu lernen. Auch deshalb, weil dies eine Gelegenheit bietet, dem trostlosen Nichtstun für einige Zeit zu entfliehen. Qualifizierte Angebote zur Durchführung von Deutschkursen gibt es in allen Regionen in ausreichendem Umfang. Doch die zuständigen Stellen (Innenministerium, Landesregierungen) weigern sich, diese Kurse zu finanzieren. Auch hier gibt es in seltenen Fällen Ausnahmen von der Regel.

■ *Integrationsbarriere Nr. 3: Keine Unterstützung für Kinder:* Ein Kindergartenbesuch ist für AsylwerberInnen-Kinder nicht selbstverständlich. Oft scheitert er an den für die Eltern unfinanzierbaren Kostenbeiträgen. Z.B. 50 bis 70 Euro pro Monat und Kind. Kindergeld für AsylwerberInnen-Kinder gibt es grundsätzlich nicht! Hat da jemand einmal etwas von „alle Kinder sind uns gleich viel wert“ gesagt? Ein AsylwerberInnen-Kind, das in einer Privatunterkunft lebt, ist dem österreichischen Staat gerade einmal 80 Euro wert. Für den Betrag gehen sich gerade die Pampers aus. Es häufen sich wieder die Fälle, in denen AsylwerberInnen-Familien Hunger leiden, weil ihnen Leistungen aus der Grundversorgung gestrichen werden. Wo sollen sie ihre Nahrung herholen? Aus dem nächsten Supermarkt ohne Geld? Damit machen sie sich strafbar. Aber vielleicht ist gerade dies die Absicht, um sie leichter kriminalisieren zu können.

AsylwerberInnen werden in totalitärer Abhängigkeit gehalten. Das ist bekanntlich das genaue Gegenteil von Integration. Zudem scheint sich ein Wettlauf anzubahnen, welches Bundesland noch rüdigere Bedingungen schaffen kann als das jeweils andere. Z.B. indem die Flüchtlingskoordinationsstellen der Landesregierungen die „guten“ Flüchtlingspensionen aushungern und die miserablen bestens bedienen, medizinische Versorgung noch weiter reduziert wird,

Kontrollmechanismen unendlich ausgebaut werden, Leistungen aus der Grundversorgung gekürzt werden, ohne Freigrenzen zu berücksichtigen. Dasselbe Spiel wird übrigens von den Staaten auf EU-Ebene auf gleiche Weise betrieben.

Verbesserungsmöglichkeiten

Unter diesen Voraussetzungen ist es nahezu ein Wunder, dass sich trotzdem AsylwerberInnen während des jahrelangen Verfahrens integrieren konnten. Dies nicht, weil es die Politik so wollte, sondern trotz dieser asylwerberInnen-feindlichen Politik. Dies gelingt nur durch viel „Nachbarschaftshilfe“, persönliches Engagement von Teilen der Ortsbevölkerung und Unterstützung durch Flüchtlingsberatungsorganisationen, die mit ihrer Praxis permanent gegen den menschenrechtswidrigen Geist der österreichischen Flüchtlingspolitik ankämpfen.

Dabei wäre es leicht, die Situation zu verändern:

- Öffnung des Arbeitsmarktes für AsylwerberInnen: Es käme mit Sicherheit zu keiner „Überschwemmung des heimischen Arbeitsmarktes“. Im Gegenteil: Viele AsylwerberInnen haben ausgezeichnete berufliche Qualifikationen, die helfen könnten, den so genannten Facharbeiterengpass zu beseitigen. Laut EU-Richtlinie müsste der Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen ohnedies spätestens nach drei Monaten Aufenthalt im Gastland geöffnet werden.
- Anhebung der Leistungen aus der Grundversorgung: In einem ersten Schritt müsste zumindest das Niveau der Sozialhilfe garantiert sein und in

einem zweiten Schritt die Einführung eines bedingungslosen Basislohnes für alle erreicht werden. Es tut keiner Gesellschaft gut, wenn für die gleiche Notlage unterschiedliche Gesetze für In- und AusländerInnen in Geltung sind.

- Kostenlose Deutschkurse an allen Standorten, an denen Flüchtlingspensionen betrieben werden.
- Flächendeckender Ausbau der Rechtsberatung für AsylwerberInnen.
- Realisierung der Menschenrechte auf Asyl, Arbeit und Einkommen, Familie und Privatsphäre.

Man kann als sicher festhalten, dass bei einem europäischen Vergleich bezüglich der Einhaltung der von der EU vorgegebenen Mindeststandards für AsylwerberInnen im Allgemeinen und bezüglich der Integration im Besonderen Österreich ganz hinten eingereiht würde. Vielleicht zusammen mit der Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien. Das ist ziemlich erbärmlich für einen reichen Staat wie Österreich und ist nur durch die rassistisch verseuchte Grundstimmung der extremen Mitte zu erklären. Denn ökonomisch wäre es ja viel günstiger für Österreich, den Arbeitsmarkt möglichst früh zu öffnen, damit die AsylwerberInnen ihr Leben in Österreich selbst finanzieren und damit auch eher über ihr eigenes Leben bestimmen können. Dem offiziellen Österreich ist es aber lieber, AsylwerberInnen täglich zu schikanieren und zu demütigen, als ihnen Freiräume zuzugestehen.

Rainer Klien
SOS-Mitmensch Burgenland

Armes reiches Europa?

Veranstaltung des Instituts für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften am 20. November 2007 um 9.00 Uhr im BFI/BBRZ Linz, Grillparzerstraße 50.

Zu Fragen betreffend die Gegenwart und Zukunft der Arbeitswelt referieren:

- Willy Buschak (Direktor-Stv. der Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Dublin)
- Andreas Ebert (Internationales Institut für empirische Sozialforschung)
- Christian Felber (Freier Publizist, Mitbegründer von ATTAC Österreich)
- Reiner Hoffmann (Stv. Generalsekretär des EGB)
- Thomas Höge (Universität Innsbruck, Institut für Psychologie)
- Johann Kalliauer (Präsident der Arbeiterkammer OÖ)
- Andranik Tangian (Hans-Böckler-Stiftung)

Nähere Informationen: www.isw-linz.at

60 Jahre Volkshilfe

Die Volkshilfe wurde im Jahr 1947 als überparteiliche Hilfsorganisation gegründet. Heute, 60 Jahre später, ist sie mit mehr als 6.000 MitarbeiterInnen eine der größten österreichischen Hilfsorganisationen und in vielen Bereichen der sozialen Arbeit tätig.

Aus Anlass des 60. Geburtstages der Volkshilfe lud Nationalratspräsidentin Barbara Prammer am 19. Oktober zu einem Festakt ins Hohe Haus. Prammer erklärte, 60 Jahre Volkshilfe seien 60 Jahre gelebte Solidarität. In diesen sechs Jahrzehnten sei aus einem kleinen ehrenamtlichen Verein eine große Organisation geworden, die sich nach wie vor den Bedürfnissen der Bevölkerung annehme. Die Volkshilfe bedeute aber auch internationale Solidarität, leiste diese Institution doch Hilfe zur Selbsthilfe in Indien und Sri Lanka, in der Ukraine, in Weißrussland und in Albanien sowie an zahlreichen anderen Orten, an denen Solidarität erforderlich sei. Dabei gehe es der Organisation stets darum, die Situation der Menschen nachhaltig und dauerhaft zu verbessern.

Die Volkshilfe, so Bundesgeschäftsführer Erich Fenninger, sei die Antwort auf individuelle und strukturelle Armut, auf individuelle und strukturelle Benachteiligung, auf ungerechte Verteilung. So lange diese bestünden, habe die Volkshilfe ihre Aufgabe. Und nach wie vor gelte die Sorge seiner Organisation den sozial Benachteiligten, denen man mit Respekt be-

gegenen müsse und deren Würde es zu achten gelte. Fenninger ging auf das Leistungsspektrum der Organisation ein und wies darauf hin, dass dieses Angebot niemandem verwehrt werde. Jeder habe Anspruch auf Hilfe. Darüber hinaus gehe es um Armutsvermeidung, um gerechte Verteilung und um eine Flüchtlingspolitik, die nicht restriktiv sein dürfe. Viele Menschen seien mehr und mehr armutsgefährdet, hier gelte es gegenzusteuern, auch in einem internationalen Rahmen.

Josef Weidenholzer, Präsident der Volkshilfe, nannte die Organisation eine wichtige Säule der Zivilgesellschaft und blickte zurück auf die Geschichte der Volkshilfe, die nach dem Zweiten Weltkrieg durch das Engagement von Bruno Kreisky begonnen habe und sich in der Folge zu einer der wichtigsten Institutionen auf sozialem Gebiet entwickelt habe. Menschen bedingungslos und ohne darauf zu achten, wer sie sind, zu helfen, heiße "Volkshilfe", so Weidenholzer. Dabei lasse man sich nach wie vor von den Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität leiten.

Menschenrechte sind unteilbar

Das Bekenntnis zu diesen Werten bedeute aber auch, sich für Flüchtlinge einzusetzen. Vor 1945 seien viele österreichische EmigrantInnen in den Genuss solidarischer Hilfe gekommen, nach 1945 habe Österreich selbst 1956 und 1968 uneigennützig geholfen. Diese Geschichte sei der Volkshilfe Auftrag, denn die Menschenrechte seien unteilbar.



Von links: Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Volkshilfe-Geschäftsführer Erich Fenninger, Bundespräsident Heinz Fischer, Margit Fischer, Volkshilfepräsident Josef Weidenholzer

Es sei aber auch nach wie vor nötig, sich der Probleme der Menschen im eigenen Land anzunehmen. Seine Organisation wolle sich nicht damit abfinden, dass immer noch Hunderttausende arm und Millionen armutsgefährdet seien. Armut sei ein von der Gesellschaft selbst verursachtes Unrecht, gegen welches angegangen werden müsse. Dabei gelte es auch, die staatliche Verantwortung einzumahnen, betonte Weidenholzer.

Auch Bundespräsident Heinz Fischer bezog sich in seiner Festrede auf die geschichtliche Entwicklung der Volkshilfe. Die Gründungsphase sei stark von Grundsatzdiskussionen geprägt gewesen. So habe man sich etwa gefragt, ob die durch das kapitalistische System herbeigeführten Benachteiligungen eher mittels Sozialleistungen des Staates oder durch karitative, persönliche Hilfsbereitschaft ausgeglichen werden könnten. Die Volkshilfe habe diese Frage stets

mit einem „Sowohl-als-Auch“ beantwortet. Der Sozialstaat könne nie so perfekt funktionieren, dass Menschen in Not nicht stets auch durch Hilfsorganisationen unter die Arme gegriffen werden müsse, merkte Fischer an.

Der Bundespräsident verwies darauf, dass die Aussage „Je reicher eine Gesellschaft, desto gerechter“ nicht in jedem Fall zutreffen müsse. Probleme der Gerechtigkeit und Chancengleichheit seien durch Wohlstand nicht unbedingt gelöst. Die Tätigkeit der Volkshilfe könne und solle man daher weder in Arbeitsstunden noch in Geld umrechnen, schloss Fischer, welcher der Hilfsorganisation viel Erfolg für ihr weiteres Wirken wünschte.

Quelle: Gelebte Solidarität. Parlamentskorrespondenz Nr. 767, 19.10.2007

20 Jahre Solidarität mit arbeitslosen Menschen

Am 18. Oktober 2007 fand die Festveranstaltung zum 20-jährigen Bestehen der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung im Pfarrzentrum Marcel Callo, einer ehemaligen Fabrik im Süden von Linz, statt.

Mehr als 130 TeilnehmerInnen setzten sich bereits im Studienteil am Nachmittag in Gesprächsgruppen auf der Suche nach Gerechtigkeit mit Arbeitslosigkeit und Grundsicherung auseinander. Sozialminister Erwin Buchinger und Margit Appel von der Katholischen Sozialakademie Österreich (ksoe) sprachen über ihre Ansätze einer bedarfsorientierten Mindestsicherung bzw. einer bedingungslosen Grundsicherung. Eine weitere Gesprächsrunde fand zum Thema „Schuld und Verantwortung für Arbeitslosigkeit“ statt. Fragen wie die Höhe einer Mindestsicherung, die Bedingungen für den Erhalt, aber auch Fragen nach dem dahinter stehenden Menschenbild führten zu einer engagierten Diskussion zwischen TeilnehmerInnen und ReferentInnen. Minister Buchinger betonte dabei, dass das Bemühen um eine Mindestsicherung nicht den Kampf für Vollbeschäftigung obsolet mache. Es brauche langfristige Perspektiven.

Festakt am Abend

Bischof Schwarz brachte in seiner Begrüßung zum Festakt seine „Dankbarkeit für 20 Jahre tatkräftige

Zeichen der Solidarität mit arbeitslosen Menschen durch die vielen Spenderinnen und Spender“ zum Ausdruck. Stellvertretend für die vielfältige Gruppe der Unterstützenden dankte er gemeinsam mit Geschäftsführer Christian Winkler drei ausgewählten Personen für deren langjährige Spendenbereitschaft.

Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen, die Arbeitslosigkeit weiter zu reduzieren und einer Öffentlichkeit, die sich mit dem Phänomen Arbeitslosigkeit nicht abfindet. Der oberösterreichische Landeshauptmann Josef Pühringer betonte die Wichtigkeit eines guten sozialen Netzes und der Qualifizierungsmöglichkeiten für arbeitslose Menschen. Landeshauptmannstellvertreter Erich Haider und AK-Präsident Johann Kalliauer sprachen von der Notwendigkeit einer gerechten Verteilung von Arbeit. Gute Arbeit solle Existenz sichernd sein, nicht krank machen und Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Erhard Prugger betonte auch von Seiten der Wirtschaftskammer das Interesse an guten Arbeitsplätzen und ausreichend hohen Löhnen und Gehältern.

Trotz Konjunkturoptimismus und aller Bemühungen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, wird es realistischweise arbeitslose Menschen auch in Zukunft geben. So muss die Bischöfliche Arbeitslosenstiftung weiterhin Plattform der Solidarität mit diesen Menschen sein und das Bewusstsein wach halten, was arbeitslos sein bedeutet. Arbeitslosigkeit bleibe insofern weiterhin eine große Herausforderung, so Caritas-Direktor Mathias Mühlberger.

Arbeitslos – nicht hoffnungslos

Im Festvortrag „Arbeitslos – nicht hoffnungslos ...“ forderte Paul Schobel, Betriebsseelsorger aus Stuttgart, die Politik auf, die ausufernden Kapitalmärkte in die Schranken zu weisen. Politik sei für das Gemeinwohl zuständig und sie müsse diese Verantwortung auch übernehmen. Arbeitslose Menschen müssten die

Gelegenheit erhalten, sich mit ihren Fähigkeiten in die Gesellschaft einzubringen. Schobel hob den Einsatz der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung hervor, die stets für die Akzeptanz und für die Anliegen dieser Personengruppe eintrete.

Quelle: Bischöfliche Arbeitslosenstiftung

ARGE SIE – Beratung und Wohnen für wohnungslose Frauen

Seit nunmehr 20 Jahren gibt es die Frauenberatung des Vereins Arge für Obdachlose. Elisabeth Fölser von der ARGE SIE berichtet über die Herausforderungen in der Arbeit mit wohnungslosen Frauen.

Die ARGE SIE bietet Beratung und Wohnbeileitung für Frauen ab dem 18. Lebensjahr, die von bestehender oder drohender Wohnungslosigkeit betroffen sind. Wir unterstützen Frauen, wieder ein eigenständiges Leben aufzubauen bzw. einen Weg aus ihrer momentanen existenziellen Krise zu finden. Unser Angebot beruht auf Freiwilligkeit, Kostenlosigkeit und Anonymität. Den geschützten Zugang für Frauen haben im letzten Jahr 161 wohnungslose Frauen in Anspruch genommen. Die ARGE SIE ist ein Projekt des Vereines Arge für Obdachlose, der seit über 30 Jahren Unterstützung für wohnungslose Menschen im Großraum Linz anbietet.

Der Aspekt der verdeckten Wohnungslosigkeit von Frauen

Entgegen dem allgemeinen Eindruck im Straßenbild, wonach praktisch nur Männer wohnungslos wären, sind Frauen genauso von Wohnungslosigkeit betroffen. Sie leben zumeist in verschiedenen Mit-Wohnformen oder in Zwecklebensgemeinschaften. Sie verstecken ihre Notlage in höherem Maß als Männer und meiden in der Regel von Männern dominierte allgemeine Anlaufstellen und Notunterkünfte. In Oberösterreich werden rund 2.000 Personen in Wohnloseneinrichtungen betreut. Was das Geschlechterverhältnis betrifft, sind rund 80 Prozent der betreuten Personen Männer und 20 Prozent Frauen.

Warum braucht es einen frauenspezifischen Zugang in der Wohnungslosenhilfe?

Die spezifischen Problemlagen und die höhere Armutsgefährdung von Frauen bilden hier einen wichtigen Aspekt. Ein zentraler Punkt in der Wohnungslosenhilfe ist die Betroffenheit der Frauen von Gewalt. Dies äußert sich in der erlebten körperlichen und psychischen Gewalt, der sich die Frauen ausgesetzt sehen, bevor sie Hilfe bei uns suchen. Bei den Zugängen der von Männern dominierten Wohnloseneinrichtungen sind Frauen erneut struktureller Gewalt ausgesetzt. Die Arge für Obdachlose hat dieses Problem bereits vor 20 Jahren erkannt und die Frauenberatung räumlich getrennt – auch mit einem frauengerechten Eingangsbereich. Wir wollen einen gewaltfreien geschützten Rahmen bieten, in dem sich die Frauen auf ihre eigenen Anliegen konzentrieren können.

Fehlende soziale Bindungen

Unsere Erfahrung zeigt, dass Frauen, die uns kontaktieren, meist aus sehr zerrütteten Familienverhältnissen kommen und ein Halt gebender Freundeskreis meist fehlt. Das Nichtvorhandensein von sicheren Bindungen sowohl im familiären wie auch im näheren sozialen Umfeld scheint ein determinierender



Quelle: Verein Arge für Obdachlose

Eine Lebensgeschichte aus dem Arbeitsalltag der ARGE SIE

Frau H. ist 19 Jahre alt und österreichische Staatsbürgerin. Sie wuchs gemeinsam mit ihren zwei Halbbrüdern bei ihrer Mutter auf. Zur Trennung der Eltern kam es, als sie vier Jahre alt war. Es gab sehr viele innerfamiliäre Konflikte, die häufig in Gewalt gegen sie und in Vernachlässigung mündeten. Im Alter von neun Jahren vertraute sie sich einer Lehrerin an, diese wandte sich ans Jugendamt. Frau H. wurde in der Folge in mehreren Heimen untergebracht. Erst in einem Heim in Linz stabilisierte sich ihre Lage und sie konnte dort eine Tischlerlehre absolvieren. Nach vollendetem 18. Lebensjahr zog sie aus der betreuten Mädchenwohngemeinschaft aus und bezog mit ihrem Freund die erste gemeinsame Wohnung.

Der Kontakt zur ARGE SIE wurde über das Sozialprojekt UFO (Jugendnotschlafstelle) hergestellt. Bei der Kontaktaufnahme wohnte Frau H. noch mit ihrem Freund (21 Jahre) in der gemeinsamen privaten Mietwohnung. Der Delogierungsantrag war bereits in die Wege geleitet, da sie vier Monatsmieten im Rückstand waren. Das Gas war bereits abgedreht und beim Strom hatten sich schon beträchtliche Zahlungsrückstände gebildet. Weitere Schulden durch Wohnraumschaffung usw. waren ebenfalls vorhanden. Frau H.

war trotz ihrer Lehre lange Zeit ohne Job und zu Begleitungsbeginn in einer Kursmaßnahme des AMS. Ihr Freund war ebenfalls arbeitslos. Erschwerend kam noch hinzu, dass sie im ersten Drittel ihrer Schwangerschaft war. Die Beziehung war zu diesem Zeitpunkt zerrüttet.

Frau H. konnte vorerst in der Jugendnotschlafstelle UFO unterbracht werden, bis eine Übergangswohnung bei der ARGE SIE frei wurde. Die Delogierung, welche weitere Kosten verursacht hätte, konnte verhindert werden, da die Wohnung in Zusammenarbeit mit dem Trödlerladen der Arge für Obdachlose vorzeitig geräumt werden konnte. Zurzeit bewohnt Frau H. eine von uns betreute Übergangswohnung, die vom Verein Wohnplattform zur Verfügung gestellt wird. Ihre Schulden wurden zum Teil reguliert bzw. gestundet und der Weg zur Schuldnerhilfe wurde vorbereitet. Ihre gesundheitliche Situation und die des Kindes wurden abgeklärt – die Schwangerschaft verläuft normal und ohne Komplikationen. Weiters wurde sie bei der Beschaffung der Säuglingsausstattung unterstützt. Die weitere Unterstützung durch Mutterberatungsstellen wurde in die Wege geleitet. Ihr Freund wird vom Verein Neustart begleitet und bewohnt ebenfalls eine vom Verein Neustart begleitete Übergangswohnung. Die Beziehung hat sich in der Zwischenzeit wieder stabilisiert.

Faktor für Wohnungslosigkeit zu sein, da gerade in Krisensituationen auf kein stabiles Netz zurückgegriffen werden kann und schon vorher keine ausreichende Förderung der persönlichen Entwicklung und Eigenständigkeit stattgefunden hat. Betrachtet man die Statistik unseres Projektes vom letzten Jahr, so zeigt sich, dass 31 Prozent der Frauen sich im Alter zwischen 18 und 30 Jahren befinden. Ein Drittel der Frauen sind Alleinerzieherinnen. Gerade der Einstieg ins Erwachsenen- und Erwerbsalter ist für viele junge Frauen ein problematischer Lebensabschnitt. Sich früh an einen Partner binden, um Geborgenheit und Sicherheit erleben zu können, scheint für viele junge Frauen ein Ausweg zu sein. Meist wird die Sehnsucht nach der eigenen „heilen“ Familie aber bald zerstört und die Frauen stehen wieder am Anfang einer vertrauten Situation. Kein sozialer Rückhalt, schwierige wirtschaftliche Situation, abgebrochene oder keine

Ausbildung, Schulden, keine Arbeit, keine Wohnung und somit auch keine Perspektive. Die Verantwortung für die Kinder bleibt bestehen.

Gesundheitliche Situation

Unseren Erfahrungen zufolge ist bei den Frauen, die uns kontaktieren, aufgrund der gegebenen Belastungen eine psychische Instabilität festzustellen bzw. leiden viele von ihnen unter traumatischen Erfahrungen. Ein Viertel der Frauen weist psychiatrische Krankheitsbilder auf und hatte bereits einschlägige Erfahrungen im stationären psychiatrischen Bereich.

Zusätzliche, individuell verschiedene lebensgeschichtliche Belastungen (traumatische Lebenserfahrungen, Sucht und/oder körperliche und seelische Erkrankungen, ...) und die daraus resultierende eingeschränkte Fähigkeit, am gesellschaftlichen und wirt-

schaftlichen Leben teilnehmen zu können, wirken sich ebenfalls negativ auf eine stabile Lebensführung aus und lassen Armut als Lebensform chronisch werden. Dies ist gerade bei älteren Frauen ein wesentliches Merkmal.

Bildung und finanzielle Situation

Berufliche Ausbildung und die Möglichkeit zur Absicherung der existenziellen Bedürfnisse sind eng miteinander verbunden. 40 Prozent der Frauen, die unsere Beratungsstelle aufsuchen, verfügen bloß über einen Grundschulabschluss. Weiterführende Ausbildungen werden meist aufgrund schwieriger Lebensumstände abgebrochen. Nur 12 Prozent der Frauen

verfügen über einen Lehrabschluss. 46 Prozent standen in keinem aktiven Berufsalltag.

Keine Ausbildung zu haben, bedeutet Hilfsarbeiterintätigkeiten annehmen zu müssen, die meist schlecht bezahlt sind. Geringe Löhne schlagen bei Arbeitsplatzverlust dementsprechend auch auf geringere AMS-Leistungen durch. Vor allem bei Alleinerzieherinnen ist die Situation dramatisch, da sie aufgrund der Kinderbetreuung meist nur Teilzeitjobs annehmen können.

Frauen mit Migrationshintergrund

Immer mehr Frauen, die zur ARGE SIE kommen, leben in bikulturellen Kontexten oder Migrantinnenfami-



*"Aus taktischen Gründen leise zu treten,
hat sich noch immer als Fehler erwiesen."
(Johanna Dohnal)*

Anlässlich

ARGE Sie – 20 Jahre Frauenberatung des Vereins Arge für Obdachlose:

Frauenwohnräume im Spannungsfeld zwischen Bedürfnis und Leistbarkeit

Termin: Mittwoch 21. November 2007, 14:00 – 17:00 Uhr
Moderation: Dr.ⁱⁿ Christine Haiden,
Ort: Kunstuniversität Linz, Hauptplatz

Programmvorschlag

14:00 Uhr Begrüßung Mag.^a Elisabeth Paulischin, Verein Arge für Obdachlose
Präsentation ARGE Sie, 20 Jahre Frauenberatung Arge für Obdachlose
Grußworte von:
Bundesministerin Doris Bures (wird verlesen)
Landesrätin Dr.ⁱⁿ Silvia Stöger
Dr.ⁱⁿ Eva Rossmann
Lesung Eugenie Kain, Texte von Frauen aus der Straßenzeitung Kupfermuckn

15:00 – 15:30 Uhr Kaffeepause

15:30 – 16:30 Uhr Podiums- und Publikumsdiskussion
Frauenwohnräume im Spannungsfeld zwischen Bedürfnis und Leistbarkeit
Moderation: Dr.ⁱⁿ Christine Haiden
Gäste am Podium
Dr.ⁱⁿ Silvia Stöger, Frauenlandesrätin
Dr.ⁱⁿ Eva Rossmann
Mag.^a Elisabeth Lanzerits, GWG
Margit Haut, Präsidentin der katholischen Aktion
Frau Elly Loibl, Leiterin des Frauenarbeitskreises der BAWO (angefragt)

16:30 Uhr Ausklang bei Buffet und Musik

Verein Arge für Obdachlose, ARGE Sie, Marienstraße 11, 4020 Linz, Tel. 0732/770805-14 od. 778361, sie@arge-obdachlose.at, www.arge-obdachlose.at

lien. Ihr Alltag ist von zwei Kulturen geprägt. Neben dem Zwischenmenschlichen haben hier die kulturellen Faktoren einen wesentlichen Einfluss auf die Beziehungsgestaltung, die Haltung zum Leben und zur Umwelt. Sprachbarrieren müssen überwunden, Kommunikationsprobleme bewältigt und mögliche traumatische Erfahrungen (z.B. Fluchthintergrund) bearbeitet werden. Dazu kommen noch existentielle Probleme. Neben der Absicherung der Existenz ist gerade bei diesen Frauen in der Beratung und Begleitung auf einen sensiblen Umgang mit geschlechtsspezifischen Werten und Traditionen sowie auf das Verstehen von kulturspezifischen Sicht- und Verhaltensweisen zu achten.

Anforderungen hinsichtlich des Zugangs zu leistbarem Wohnraum für Frauen

Um der zunehmenden drohenden bzw. bestehenden Wohnungslosigkeit von Mädchen und Frauen vorbeugen zu können, müsste zukünftig im sozialen Wohnbau stärker auf die Bedürfnisse alleinstehender Frauen (mit Kinderbetreuungspflichten) eingegangen werden.

Frauen sind vermehrt von Armut betroffen. Sie verdienen weniger und geben demnach verhältnismäßig

mehr Geld für die Wohnraumsicherung aus als Männer. Gerade der Anstieg der Fixkosten für die Wohnraumerhaltung wirkt sich negativ auf ihre Existenzabsicherung aus.

Frauen sind meist Mehrfachbelastungen (Job, Haushalt, Kinderbetreuung) ausgesetzt. Demnach ist es wichtig, beim sozialen Wohnbau auf eine gute Anbindung zum öffentlichen Verkehr, die Nähe von Kindergärten, Einkaufsmöglichkeiten, Arztpraxen, Spielplätze für Kinder, Freiräume für Jugendliche, barrierefreie Zugänge, Kinderwagen- und Fahrradabstellplätze, Wohnungsgröße (und doch leistbar?!) zu achten.

Frauen sind vermehrt von Gewalt (körperlich, seelisch, strukturell) bedroht bzw. betroffen. Demnach ist beim sozialen Wohnbau auf die Vermeidung von Angsträumen und somit auf helle, gut beleuchtete Eingangsbereiche, Stiegenhäuser, Parkplätze etc. zu achten.

Elisabeth Fölser

Kontakt: ARGE SIE, Verein Arge für Obdachlose, Marienstrasse 11, 4020 Linz, Tel: 0732/778361, e-mail: sie@arge-obdachlose.at, www.arge-obdachlose.at

Suizidprävention ist in allen Lebensphasen bedeutsam

Anlässlich des Weltsuizidpräventionstags 2007 informierten ExpertInnen des Frankfurter Universitätsklinikums, der FH Frankfurt, der Klinikseelsorge und der Hinterbliebenenhilfe über Suizidgefährdung, über Präventionsmöglichkeiten in unterschiedlichen Lebensphasen und über Hilfen für Hinterbliebene.

Die Todesursache Suizid ist ein unterschätztes Problem. Weltweit nehmen sich jährlich etwa eine Million Menschen das Leben. In Deutschland sterben jährlich circa 11.000 Menschen durch Selbsttötung. Dies übersteigt deutlich die Zahl der Verkehrstoten. Experten schätzen, dass Suizidversuche etwa zehnbis zwanzigmal häufiger als Selbsttötungen vorkommen. Ferner fällt an Suizidstatistiken auf, dass die Zahl der von Männern begangenen Selbsttötungen die der Frauen weit übersteigt. Auf eine bestimmte Lebensphase lässt sich das Phänomen der Selbsttötung nicht begrenzen. Zwar nimmt in fast allen Län-

dern der Erde das Suizidrisiko mit steigendem Lebensalter zu und ist bei den über 85-Jährigen am höchsten. Suizid kommt aber in allen Lebensphasen vor. Deshalb sind Präventionsmaßnahmen auf die unterschiedlichen Phasen des jungen, mittleren und hohen Lebensabschnitts auszurichten. Zu berücksichtigen sind insbesondere die für diese Phasen spezifischen Risikofaktoren und psychodynamischen Ursachen für suizidales Verhalten.

Das Frankfurter Universitätsklinikum versammelte im Vorfeld des Weltsuizidpräventionstages 2007 einen Expertenkreis, um unter Federführung der Klinik für Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie (Direktor: Professor Konrad Maurer) in der Öffentlichkeit über Suizidrisiken, aktuelle Präventionsmöglichkeiten sowie über Hilfen für Hinterbliebene zu informieren. Das Motto dieses weltweiten Informationstages, der am 10. September stattfand, lautete "Suicide Prevention across the Life Span". Die Internationale Vereinigung für Suizidprävention (IASP) nutzte diesen Infotag in Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO), um auf Suizide als Ursache für vorzeitige und verhinderbare Todesfälle aufmerksam zu machen.

Risikofaktoren für Suizidgefährdung

Wissenschaftlich bewiesene Risikofaktoren für Suizid und suizidales Verhalten sind neben psychischen Erkrankungen auch körperliche Erkrankungen. Im Erwachsenenalter sind seelische Erkrankungen der bedeutendste Risikofaktor für Suizid, insbesondere Depressionen, Alkoholismus und der Gebrauch anderer Suchtmittel. Im globalen Zusammenhang sind Schizophrenie, Alkoholismus und Depression die drei Erkrankungen, die am häufigsten im Zusammenhang mit Suizid gefunden wurden. Für den internationalen Kontext wurde berechnet, dass die Behandlung dieser Erkrankungen die Suizidraten weltweit um ungefähr 20,5 Prozent von 15,1 pro 100.000 auf 12 pro 100.000 senken würde.

Eine monokausale Identifikation von Suizidrisikofaktoren ist den ExpertInnen zufolge nicht zielführend. Denn Selbsttötung ist in der Regel auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Zudem unterscheiden sich die Risikokonstellationen und die quantitative Bedeutung der einzelnen Risikofaktoren in verschiedenen Populationen. Sie können je nach Land oder Region verschieden sein. Gestützt auf eine Auswertung von Fall-Kontrollstudien (unter Anwendung der psychologischen Autopsie, einer etablierten Methode zur Informationsgewinnung über Verstorbene) und Verlaufsstudien, identifizierte die Suizidforschung als Risikofaktoren - wie bereits erwähnt - psychische und körperliche Erkrankungen, die ein signifikant erhöhtes Suizidrisiko mit sich bringen, aber auch Aspekte der Lebenssituation wie Alleinleben und Partner- und Arbeitslosigkeit.

Zu den psychischen Erkrankungen zählen Alkoholismus, die bipolare affektive Störung, insbesondere Depression, die anhaltende depressive Verstimmung (Dysthymie), Angsterkrankungen, Essstörungen und Persönlichkeitsstörungen. Körperliche Erkrankungen, mit denen ein erhöhtes Suizidrisiko einhergeht, sind unter anderem die dialysepflichtige Niereninsuffizienz, HIV-Infektionen, neurologische Erkrankungen und Krebserkrankungen, vor allem im Kopf- und Halsbereich.

Mediziner gehen vor allem bei Suchterkrankungen von einer starken Erhöhung des Suizidrisikos aus. Verlaufsuntersuchungen und kontrollierte psychologische Autopsiestudien aus den letzten Jahren ergaben, dass zwischen 19 und 63 Prozent aller Suizidopfer an Störungen durch den Konsum psychotroper Substanzen litten. "Es ist bekannt, dass sich Suchtkranke kaum während stationärer psychiatrischer Aufenthalte das Leben nehmen", konstatiert Barbara

Schneider, Oberärztin der Klinik für Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie am Frankfurter Universitätsklinikum und Leiterin der Arbeitsgruppe Suchterkrankungen des Nationalen Suizid Präventionsprogramms (NASPRO). "Wir müssen uns deshalb fragen, warum suizidale Suchtkranke das suizidpräventive Hilfssystem nicht in Anspruch nehmen", so Schneider weiter. Umfragen bei den suizidpräventiven Hilfssystemen und bei Einrichtungen der Suchthilfe in Deutschland haben zudem ergeben, dass nie Daten über deren Inanspruchnahme durch Suizidale erhoben wurden.

Steigende Suizidraten bei alten Menschen

Die Suizidraten steigen mit dem Lebensalter. Männer über 75 Jahre nehmen sich mehr als doppelt so häufig das Leben wie gleichaltrige Frauen. Auch die Diskrepanz in den Suizidraten der alten gegenüber den jungen Menschen ist beträchtlich: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2005 sterben von den Männern über 90 Jahren mehr als 90 pro 100.000 durch Selbsttötung gegenüber knapp 20 pro 100.000 bei den männlichen 30-Jährigen. Etwa jeder vierte Mensch über 65 Jahre leidet an einer psychischen Erkrankung, berichtet das Nationale Suizidpräventionsprogramm (NASPRO).

Zu den häufigsten Erkrankungen bei dieser Gruppe gehören Depressionen, die mit den nicht mehr zu bewältigenden Veränderungen der Lebenssituation verbunden sind. Hierzu zählen der Verlust des Partners oder die Auflösung des sozialen Umfelds nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben. Typisch für eine Depression in diesem Alter ist das begleitende quälende Gefühl, nicht produktiv und deshalb nichts wert zu sein.

Studien zufolge erhöhen schwere körperliche Krankheiten wie koronare Herzerkrankungen, die chronisch-obstruktive Lungenerkrankung, Anfallsleiden, Harninkontinenz, Schlaganfälle und Sehstörungen bei alten Menschen die Suizidgefahr. Dies gilt auch für chronisch schmerzhaft erkrankungen des Bewegungsapparates. Sie verkürzen die Lebenserwartung nicht wesentlich, erhöhen aber die Suizidalität und können von Depressionen bestimmt sein.

"Körperlich bedingte Erlebnisse des Autonomieverlusts und damit einhergehende potenzielle Kränkungen der menschlichen Existenz sind zentrale psychodynamische Faktoren für Suizidalität im Alter", meint Professor Martin Teising, Spezialist für Gerontopsychiatrie am Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit der Fachhochschule Frankfurt.

Mehr direkte Kommunikation mit den Betroffenen notwendig

Suizidale Krisen entstehen in seelischer Not, sie sind nicht als Akt einer freien Entscheidung zu sehen. Ihnen geht als Prozess in der Regel eine "Entstehungsgeschichte" voraus, in die interveniert werden kann. Neben den medizinischen Möglichkeiten der Diagnostik und Therapie wird deshalb verstärkt auf die notwendige Einbindung so genannter "Multiplikatoren" verwiesen. Spezialisten aus dem Gesundheitssektor und Menschen aus anderen Bereichen des öffentlichen Lebens, wie Bildung, Arbeit, Recht, Religion, Politik und Medien, arbeiten hier zusammen für eine größere Aufmerksamkeit. Eine größere Bereitschaft der Gesellschaft zur Auseinandersetzung mit diesem Thema hilft, Stigmatisierung zu reduzieren und erleichtert nicht zuletzt Suizidgefährdeten, Hilfesysteme annehmen zu können.

Auf den dauerhaften Kontakt zu Menschen mit Depression setzt auch das Projekt PRoMPT (Primary care Monitoring for depressive Patients' Trial) am

Frankfurter Institut für Allgemeinmedizin, das Jochen Gensichen leitet. Das Projekt setzt auf die enge Kooperation des Patienten mit dem Hausarzt und seinem Praxisteam. Dabei fußt die Behandlung auf der kontinuierlichen Kommunikation des Patienten mit dem Praxisteam, indem der Patient telefonisch vom Praxisteam seines Arztes betreut und regelmäßig mit einem Fragebogen nach seinem akuten Befinden befragt wird. Der Gesundheitszustand kann daraufhin vom Arzt bewertet und eine Therapie entsprechend eingestellt werden. "Die Sterberate bei Depressiven ist im Vergleich zu Gleichaltrigen aus der Allgemeinbevölkerung etwa doppelt so hoch. Entsprechend wichtig sind Behandlungskonzepte, die eine kontinuierliche Betreuung depressiv kranker Menschen ermöglichen", erklärt Gensichen.

Quelle: Ricarda Wessinghage: Weltsuizidpräventionstag 2007: Suizidprävention ist für alle Lebensphasen wichtig. Pressemitteilung des Klinikums der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, 04.09.2007

Für Lebensqualität und Zeitwohlstand

Allianz für den freien Sonntag präsentiert Wochenkalender 2008

„52 Tage regelmäßig frei zu haben, das ganze Jahr über – das wird für die meisten Menschen auch 2008 in Österreich Realität sein“, betonen die über 50 Organisationen aus den Bereichen Wirtschaft, Kirchen, Gewerkschaften und NGOs, die gemeinsam die Allianz für den freien Sonntag Österreich bilden.

Die InitiatorInnen betonen die „tausend Möglichkeiten, den freien Sonntag zu leben“. Der freie Sonntag ist anders: Er entschleunigt, er ist Zeit mit anderen Menschen, er ist verlässlich, schreiben die SprecherInnen der Allianz, Renate Csörgits (Frauensprecherin des ÖGB), Bischof Ludwig Schwarz (Österreichische Bischofskonferenz) und Generaldirektor Friedrich Macher (Wirtschaftsforum der Führungskräfte) im Vorwort des erstmals aufgelegten Wochenkalenders 2008.

Der Kalender stellt die Lebensqualität und den Zeitwohlstand, die mit dem freien Sonntag verbunden sind, ins Zentrum. Der freie Sonntag be-

deutet beispielsweise, 52 Mal im Jahr nicht mit dem Chef aushandeln zu müssen, ob und wann man frei bekommt. Gemeinsame freie Zeit, wie sie der freie Sonntag ermöglicht, erlaubt soziale Kontakte und Beziehungen, die nicht möglich sind, wenn es nur mehr individuelle Zeiten gibt. Der freie Sonntag zeigt auf, dass der Mensch mehr ist als bloß Arbeitskraft und Konsument.

Woche für Woche findet sich in diesem Kalender eine andere Stimme für den freien Sonntag – dafür wurden Menschen aus den verschiedensten Lebenszusammenhängen um ihren persönlichen Beitrag gebeten: die Reinigungskraft, der Behindertenbetreuer, die Buchhändlerin, der Schüler oder der Langzeitarbeitslose. Zudem erklären Organisationen aus den unterschiedlichsten Zusammenhängen (alpine Vereine, ManagerInnen, globalisierungskritische Organisationen, ArbeitnehmerInnenvertretungen, Musikvereinigungen usw.), warum für ihre Mitglieder und für die Gesellschaft der Sonntag wichtig ist.

Der Kalender bietet 52 Wochenblätter – illustriert mit Farbfotos und Texten zum freien Sonntag – und ist um 11 Euro (inkl. Porto) erhältlich über www.freiersonntag.at bzw. Tel. 01 / 310 51 59.

Das „Geschäft“ mit Gesellschaftspolitik

Fachexpertise und Politikberatung im Bereich Gesellschaftspolitik sind Alltag geworden. Kaum jemand hinterfragt die Expert/innen, die Organisationsentwickler/innen, die Gender Mainstreaming Trainer/innen, die in zunehmendem Maße als kommerziell ausgerichtete Institute oder Beratungs(einzel)unternehmen auftreten. Trotz des großen Einflusses, welche die neuen, im Umfeld der öffentlichen Verwaltung tätigen Berater/innen gewonnen haben, gab es bisher in Österreich keine nennenswerte Literatur über diese Entwicklung.

Das hat sich mit der vorliegenden Publikation nunmehr geändert. Politikwissenschaftler/innen verschiedener Generationen reflektieren den gewaltigen Boom an neuen Spiel- und Gangarten der Politikberatung als offenes Arbeitsfeld der Politikwissenschaft: Eva Kreisky ortet Anzeichen neoliberaler Einbindung von Politikwissenschaft und zeigt potenzielle Demokratiegefährdungen auf. Anton Pelinka, Wolf-Dieter Narr und Thomas König erörtern das kritische Potenzial der Politikwissenschaft in der Beratung demokratischer Öffentlichkeit. Sonja Puntcher Riekmann, Erich Fröschl, Hubert Sickinger und Regina Köpl analysieren Trends in Österreich. Marcel Fink, Doris Wydra, Marion Löffler und Leila Hadj-Abdou machen aktuelle Erscheinungsformen der Politikberatung in der Sozial-, Gesundheits-, Gleichstellungs- und Migrationspolitik zum Gegenstand ihrer Untersuchungen. Einen kritischen Beitrag zur österreichischen Politikwissenschaft im Spannungsfeld von Öffentlichkeit und Politiker/innen-Diskursen liefert Helmut Kramer.

Mit Politikberatung zwischen Affirmation und Kritik wird zum ersten Mal der Versuch gemacht, aktuelle Entwicklungen der Politikberatung in Österreich zu analysieren und unter demokratiepolitischen Aspekten zu reflektieren. Die Publikation ist somit ein Kompendium für Lernende, Lehrende und Praktiker/innen, insbesondere auch für diejenigen, die sich im weiten Feld der Politik- und Gesellschaftsberatung bewegen.

Erich Fröschl, Helmut Kramer und Eva Kreisky (Hg.): Politikberatung zwischen Affirmation und Kritik 268 Seiten, Wien, Braumüller 2007, EUR 29,90

Demokratie in der Wirtschaft

Die Frage nach demokratischen Alternativen in der Wirtschaft aufzuwerfen, ist angesichts der Globalisierung, die der Ökonomie erneut den Charakter einer Naturgewalt zu verleihen scheint, dringend geboten. Alex Demirovic zeigt in seiner Studie aus einer demo-

kratiethoretischen Perspektive detailliert kontroverse Standpunkte und grundlegende Probleme auf, die sich bei der Demokratisierung der Wirtschaft stellen. Mit den Gewerkschaften und ihrer Politik im Mittelpunkt fächert er eine breite Themenpalette auf: von der Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen über die direkte Partizipation am Arbeitsplatz und zivilgesellschaftliche Aktivitäten bis zu Formen internationaler Solidarität und wirtschaftsdemokratischen Alternativen. Das Buch ist ein Plädoyer dafür, dass die Gewerkschaften sich als demokratiepolitischer Akteur verstehen und für die Einheit von ökonomischen und demokratischen Maßstäben eintreten sollten.

Alex Demirovic: Demokratie in der Wirtschaft Positionen - Probleme - Perspektiven Verlag Westfälisches Dampfboot 2007 305 Seiten, EUR 27,90 (D)

Geschlechtsspezifische Medizin

Männer und Frauen beschreiben nicht nur Krankheiten anders, sie erleben, beschreiben und fühlen Symptome unterschiedlich. Die klassische Schulmedizin hat in der Vergangenheit diesem Thema wenig Stellenwert eingeräumt. Pharmakologische Studien wurden in vielen Fällen nur an Männern durchgeführt und sind in der Beschreibung von Nebenwirkungen etc. eigentlich auf den männlichen Körper ausgerichtet. Da nutzt es wenig, den „Arzt oder Apotheker“ zu fragen, denn geschlechtsspezifische Medizin ist eine neue Disziplin. Frauen haben eine andere Wahrnehmung im Erleben einer Krankheit und beschreiben Befindlichkeiten anders als Männer. Frauen in Mitteleuropa haben in aller Regel nicht dieselben Möglichkeiten wie Männer, sich Gesundheit leisten zu können. Frauen sterben häufiger an unerkannten Herzinfarkten, sie werden öfter mit Antidepressiva therapiert und konsumieren häufiger Schmerz- und Schlafmittel. Geschlechtsspezifische Medizin ist eine Disziplin, die nicht nur bei Symptomen beginnt, sondern das Leben eines Menschen mit einbezieht. Das Buch von Anna Maria Dieplinger zeigt Einflüsse, Faktoren und Parameter, die bei der Behandlung von Erkrankungen von Frauen eine Rolle spielen. Das Buch kann PatientInnen und MedizinerInnen ein Leitfaden mit praktischen Tipps für eine „gesündere Behandlung“ sein.

Anna Maria Dieplinger: Fehldiagnose: Frau Wie Krankheiten und Symptome sich bei Frauen anders zeigen Wien, Böhlau Verlag 2007 208 Seiten, EUR 19,90

Brave Jugend. Böse Welt. Lebenskonzepte – Wertorientierungen – Perspektiven

4. Internationales Symposium 2007 des Österreichischen Instituts für Jugendforschung

Renommierte WissenschaftlerInnen aus dem In- und Ausland referieren zu Wertorientierungen von Heranwachsenden heute. In vier Plenarvorträgen wird der Frage nachgegangen, was die zentralen Werte in unserer Gesellschaft sind und welche Rolle sie für das Aufwachsen von jungen Menschen heute spielen.

Termin: 23. November 2007, 9.00 bis 16.30 Uhr

Ort: AK Bildungszentrum, 1040 Wien, Theresianumgasse 16 – 18

Information: www.oeij.at; Tel.: 01/214 78 81

Selbst – Bestimmt – Leben

Wege zur Selbstermächtigung von Menschen mit Behinderung

Die IfS-Fachtagung wendet sich an folgende Zielgruppen: Menschen mit Behinderung; Eltern, Angehörige und soziales Umfeld (Bekannte, Freunde); MitarbeiterInnen, die Unterstützungs- und Assistenzleistungen erbringen.

Termin: 23. November 2007, 8.30 Uhr bis 24. November 2007, 12.00 Uhr

Ort: Vorarlberger Wirtschaftspark Götzis

Anmeldung: Mag. Schindegger, Tel. 05523/53128-13; christoph.schindegger@kathi-lampert-schule.at

In Freiheit tätig sein

Internationales Symposium des überparteilichen Forums politische Bildung Steiermark zum Thema "Lebensgeld / Grundeinkommen für alle, die Chance für ein Leben in Würde?"

Termin: 25. bis 28. November 2007

Ort: Bildungshaus des Landes Steiermark „Schloss Retzhof“, Leibnitz. Schlussveranstaltung am 28.11.2007 im Grazer Rathaus

Information: www.ams-forschungsnetzwerk.at, Menüpunkt Veranstaltungen

Integration messbar machen

Ziel der Tagung ist es, einen Rahmen für einen Wissens- und Erfahrungsaustausch zu den internationalen Entwicklungen und Erfahrungen hinsichtlich der Messung beziehungsweise Messbarkeit von Integration zu bieten.

Termin und Ort: 26. November 2007, 8.30 bis 17.30 Uhr, Hotel & Palais Strudlhof, Pasteurgasse 1, 1090 Wien

Kontakt: Magistrat der Stadt Wien MA 17 – Integrations- und Diversitätsangelegenheiten, Kurt Luger, Tel. 01/4000 81525, E-Mail: post@m17.magwien.gv.at

Brüchige Lebensverhältnisse – Prekäre Jugendwohlfahrt

Fachtagung der Plattform Jugendwohl zum Thema "Jugendwohlfahrt zwischen Kurz- und Langfristigkeit".

Termin und Ort: 4. Dezember 2007, 9.00 – 18.00 Uhr, Hermann Gmeiner Akademie, Innsbruck

Anmeldung: Sozialpädagogisches Institut, Tel. 0512/5918-410; E-Mail: anna.reitmeir@sos-kd.org

Solidar- und ArbeiterInnenökonomie

Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Studien zur ArbeiterInnenbewegung“ zum Schwerpunkt: Umriss einer nicht-kapitalistischen Ökonomie. Referenten: Markus Auinger, Hermann Dworczak, Emanuel Tomaselli

Termin: 4. Dezember 2007, 18.30 Uhr

Ort: Institut für Wissenschaft und Kunst, 1090 Wien, Berggasse 17

Das Ende des Kapitalismus

Vortrag des Berliner Politikwissenschaftlers Elmar Altvater im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Denk.Mal.Global“ der Volkshochschule und von Südwind OÖ.

Termin und Ort: 12. Dezember 2007, 19.00 Uhr, Wissensturm, Kärntnerstraße 26, 4020 Linz

KONTRASTE

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.
Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:
Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Universität
Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:
10 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:
KONTRASTE: Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz
Tel.: 0732/2468-7168
Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at
Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste
Aboservice, Sekretariat: Irene Auinger, Tel.: 0732/2468-7161
Fax DW 7172 Mail: irene.auinger@jku.at

Redaktionsteam:
Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine
Stelzer-Orthofer, Mag. Susanna Rothmayer,
Mag. Bettina Leibetseder, Mag. Angela
Wegscheider

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte,
die Redaktion behält sich jedoch das Recht
auf Kürzung und Entscheidung über die Veröf-
fentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils
der 20. des Vormonats. Namentlich gekenn-
zeichnete Beiträge können, müssen aber nicht
die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:
Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer
Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss
a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster

Lektorat; Satz:
Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:
Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und
Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;
StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;
Gratis Probeabo für drei Monate
Alle Preise inklusive Versand. Einzelheft EUR 5,45 exkl. Versand.
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:
Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453